DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 42 ab Samstag, 3. April 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

HEUTE: DEMOKRATIEBEWEGUNG BEFREIT STUTTGART • DW-INTERVIEW MIT MICHAEL BALLWEG SEITE 7

Demokratin in Kassel: »Keine Lust auf Gehirnwäsche.« Foto: Hannes Henkelmann

DEUTSCHLAND STEHT AUF!

Für Demokratie, Menschenrecht und Freiheit.

Von Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas und Anselm Lenz

Seit einem Jahr befindet sich ein Teil der Welt im Krieg.

Ausgerufen wurde der Krieg zunächst, um die »Überlastung der Krankenhäuser« zu verhindern. In Deutschland war jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Überlastung der Krankenhäuser zu beobachten, wie sie nicht auch bei anderen Grippewellen in den Vorjahren zu beobachten gewesen wäre. Dann gab es neue Begründungen.

Von Beginn an wurden erhebliche Zweifel an der Eignung, Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit von drastischen Maßnahmen laut: Aushebelung der Grundrechte, Umgehung der Parlamente, Verordnungsregime, Beendigung der zivilisierten Normalität.

Das Kriterium »Krankenhausüberlastung« trat schon bald in den Hintergrund und wurde durch andere ersetzt: Im Sommer kam der R-Wert, die magische Inzidenz-Zahl von 50 im vergangenen Winter. Nun soll eine neue Virusvariation herhalten, um den Kriegszustand gegen das Menschsein weiterhin zu legitimieren: Die »Super-Mutante«.

GESCHÜRTE MUTANTENPANIK

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Helge Braun, brachte eine solche am vergangenen Sonntag in einem *Bild*-Interview ins Gespräch. »Wenn jetzt parallel zum Impfen die Infektionszahlen wieder rasant steigen, wächst die Gefahr, dass die nächste Virusmutation immun wird gegen den Impfstoff. Dann bräuchten wir neue Impfstoffe, dann müssten wir mit dem Impfen wieder ganz von vorne beginnen.«, so Braun. Mit dieser Argumentation werden von nun an die Maßnahmen über den Frühling und Sommer begründet werden: Die Infektionszahlen müssen niedrig bleiben, nicht um Krankenhausaufenthalte oder Todesfälle zu verhindern, sondern um zu verhindern, dass eine »Super-Mutante« entsteht, die Krankenhausaufenthalte und Todesfälle hervorrufen könnte.

Parallel dazu gibt es noch die ausländischen Virusvarianten, die irgendwie gefährlicher sein sollen. Warum? Das kann bis heute niemand sagen. Deshalb gibt es von nun an wohl auch die Angst vor der »Super-Mutante«. Ohne Drohkulisse kann die Regierung anscheinend nicht weiterlügen.

Weiter Seite 12

Die Verfassungsbewegung wächst und wächst: 20.000 Demonstranten beim Einjährigen der Demokratiebewegung in Berlin am 28. März 2021. Zuvor war der Festmarsch der »Freedom Parade« und vielen Initiativen durch die Stadt gezogen. Foto: Steve Schramm



Dein wahrer Freund und Helfer

LAUDATIO ***Preis der Republik wird an Karl Hilz verliehen.***
Von Markus Fiedler



Die Polizei, dein Freund und Helfer. Polizei-Hauptkomissar a.D. aus München, Karl Hilz, weckt auf Demos die Erinnerungen daran, wo dieser Slogan einst herrührte.

Statt in den wohlverdienten Ruhestand zu gehen, geht Hilz auf die Bühnen der Demokratiebewegung, steht für Freiheit und Demokratie ein und erinnert die (jungen) PolizistInnen daran, wem sie verpflichtet sind und dass sie einen Eid auf die Verfassung geschworen haben – und das mit einer Stimme, so stark wie ein Oktoberfestbier.

POLIZISTEN FÜR AUFKLÄRUNG

Wenn (junge) PolizistInnen wider des Grundgesetzes handeln, Rechtsbeugung begehen, dann weist er diese in einer Art und Weise zurecht, wie der Meister Eder seinen Pumuckl. Den gewissenhaften wie aufrechten PolizistInnen bietet er mit dem Verein »Polizisten für Aufklärung« eine starke Schulter. Seine Menschlichkeit, seine herzliche Aufrichtigkeit, gepaart mit seiner bayerischen »Grantigkeit« bei Ungerechtigkeiten, macht ihn für das Corona-Regime gefährlich.

Nicht umsonst lässt der bayerische Staat nichts unversucht, um ihn von den Bühnen (gewaltsam) fernzuhalten. Doch ganz gleich wie häufig er zu Fall gebracht wird – er richtet sich immer wieder auf, wie ein Maibaum auf bayerischen Dorfplätzen!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Karl Hiltz verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 42. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84

.PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

What's the ugliest part of your body?

EINWURF *von Werner Köhne*

Unbestreitbar inzwischen: Tote nach Impfungen. – Das Spiel rund um das Wahrheiten abtötende »Wahrheitsministerium« und den Tross der »Willigen« aber geht weiter: Das seien ja nur wenige, wird nachgeschoben. Und plötzlich wird der Corona-Agent zum Freund der einst verschmähten Relativierung, die man ja vorher den »Coronaleugnern« gar als Aufruf zum Mord anlastete.

Wieder einmal wird die *Goodwill*-Gesinnung – nach Max Weber ein schreckliches Vermächtnis der Moderne – in Stellung gebracht, die nun auch die Kollerateralschäden im Krieg gegen das Böse (den Virus) in Kauf nimmt: Wo gehobelt wird, da fallen eben auch Späne. Es ist ein Hin- und Herlavieren zwischen Argumenten, als seien diese Coupons im Casino. Offensichtlich triumphieren hier die Wielerschen Bauchgefühle über den Geist der Aufklärung. Ja, es steht zu befürchten, dass die Kluft zwischen Fakten und ihrer Verdauung (*Framing*) sich weiter vertieft und Frank Zappa's Frage sich aufdrängt: *»What's the ugliest part of your body? – I think, it's your mind«.*

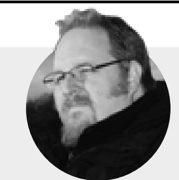
Zappa dachte bei »*mind*« allerdings an jene zivilisatorisch versaute Vernunft, die den eigenen Körper bestreikt, die in Diensten der Macht steht und heute als Tücke und Hintergedanke daherkommt, ja – wühlend im Ressentiment – die Bauchgefühle aktiviert. Der Bauch als Bauch kann jedoch nichts dafür, dass sich in ihm auf Befehl des Hirns häßliche Gefühle zusammenbrauen, wenn auch dieses Organ der Umwandlung sich in Folge seiner hochgradigen Sensibilität besonders gut für jene Reflexe eignet, die zur Zeit die Menschen im Bann der Ohnmacht halten: Der Virus löst Argwohn gegen jeden potentiellen *Infizierer aus*; bei *positiv Getesteten* gar Panik; und die Impfung ist Mobilmachungs-Reflex auf den Schlachtruf vom totalen Krieg. Dabei bleiben zwei Einsichten auf der Strecke: die Selbstheilungskräfte des Körpers und die Gelassenheit, die den eigentlichen Treibstoff einer offenen Vernunft darstellt.

Man darf aber auch einmal die Hoffnung hegen, dass der Spuk bald ein Ende hat. Irgendwann sollten die Reflexe, die den Menschen von oben antrainiert werden, in Reflexionen übergehen – und der Bauch seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt werden: Als ein feinfühliges Organ für Reize, die unser Leben bereichern.

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.



Tod nach Impfung



Markus Fiedler ist Lehrer für Musik und Biologie, Tontechniker, Filmemacher sowie kritischer-Beobachter der Wikipedia.

Die Menge der gemeldeten Nebenwirkungen reicht in Deutschland in nur drei Monaten an die Summe der »Verdachtsfälle« aller Impfstoffe der letzten 20 Jahre heran. | Von Markus Fiedler

Die Impfstoffe gegen Corona sind sicher und wirksam, das sagen Gesundheitsminister Spahn, Kanzlerin Merkel und Experte Lauterbach. Sie haben recht. Die Impfstoffe sind wirksam und todsicher.

Ein alarmierender Augenzeugenbericht eines Intensivmediziners (anonym, der Redaktion bekannt) rüttelt auf: »Seit Januar sind auf der Intensivstation nur noch wenige Menschen mit Diagnose Covid-19. Was jetzt aber zunimmt, sind Menschen mit schweren Nebenwirkungen der Impfung. In einem Altenheim hier wurde der Biontech-Impfstoff an 40 der 60 Bewohner verspritzt. Bis dahin gab es in der Einrichtung überhaupt kein Corona. Am Freitag wurde geimpft und am Montag waren drei Tests positiv. Das Gesundheitsamt wurde eingeschaltet. Von den 40 Geimpften sind 11 gestorben und 20 hatten schwere Nebenwirkungen. Die Nicht-Geimpften waren alle gesund. Eine Dame landete bei mir auf der Intensivstation mit einer Gesichtslähmung. Ich rief das Altenheim an und erhielt so die Informationen. Ein möglicher Zusammenhang zur Impfung wurde dort erst durch mein Nachfragen gesehen. Das Gesundheitsamt behauptete aber, die schweren Verläufe wären durch eine neue Virusmutation hervorgerufen worden.«

Dieser Bericht stimmt überein mit knapp 200 gleichartigen Berichten, die auf der Seite Corona-Blog.net zusammengetragen wurden. Die Alten und Schwachen scheinen nach der Impfung oft schwer geschädigt – oft mit Todesfolgen. Die Daten lassen die Vermutung zu, dass die Impfungen Menschen anfälliger für folgende Covid-19 Infektionen macht oder aber, dass sie direkt an den Folgen der Impfung sterben, die wie eine Covid-19 Infektion daherkommen. Wollte man nicht besonders diese alten Menschen schützen?

Von den Gesunden, die mitten im Leben stehen, hat ein hoher Anteil direkt nach den Impfungen schwere Nebenwirkungen. Sie liegen mit hohem Fieber im Bett, haben mit Fehlfunktionen des Nervensystems, des Muskel-Skelett-Apparates und des Magendarmtraktes zu kämpfen. Unter den geschädigten Rückmeldern von Nebenwirkungen sind zu dreiviertel Frauen.

ERSCHRECKENDE HÄUFUNG

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) vermutet, dass diese auffällige Asymmetrie mit der häufigeren Impfung von Frauen zusammenhinge. Geschlechtsspezifische Daten zu den Impfzahlen fehlen aber im PEI-Bericht. Wahrscheinlicher ist eine tatsächlich signifikant erhöhte Gefahr für Nebenwirkungen bei Frauen. Blutgerinnsel sind da noch das kleinste Problem. Sie haben laut Datenbank der europäischen Arztneimittelbehörde EMA nur einen Anteil von ca. 2,5 Prozent unter allen Meldungen (siehe auch DW, Ausgabe 41, Seite 3). Europaweit wurden laut EMA bis heute 107.733 Fälle von Gesundheitsbeschwerden im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen des Vakzins von Astrazeneca gemeldet. Das sind rund 27.000 Fälle mehr als letzte Woche. Die Fälle im Zusammenhang mit Biontechs Impfstoff sind europaweit um etwa 10.000 auf 121.514 in nur einer Woche gestiegen.

Der Sicherheitsbericht vom PEI für Deutschland für die letzten drei Monate sieht ähnlich alarmierend aus. Während in 20 Jahren von 2000 bis 2020 insgesamt 27.722 Verdachtsfälle bei Impfungen gemeldet wurden, sind dies nunmehr in nur drei Monaten von Januar bis Mitte März 19.195 gemeldete Nebenwirkungen. Bei diesen enormen Fallzahlen darauf zu beharren, dass die Gesundheitsbeschwerden nur zufällig im zeitlichen Zusammenhang mit den Impfungen aufgetreten seien, ist in Anbetracht der Datenlage eine sehr mutige Aussage. Das Gegenteil ist viel wahrscheinlicher – und ganz wichtig. Früher gab es nur einen Bruchteil an Nebenwirkungen im Vergleich zu heute. Die EMA-Zahlen zeigen ebenfalls deutlich: Deutschland meldet kaum Fälle zurück.

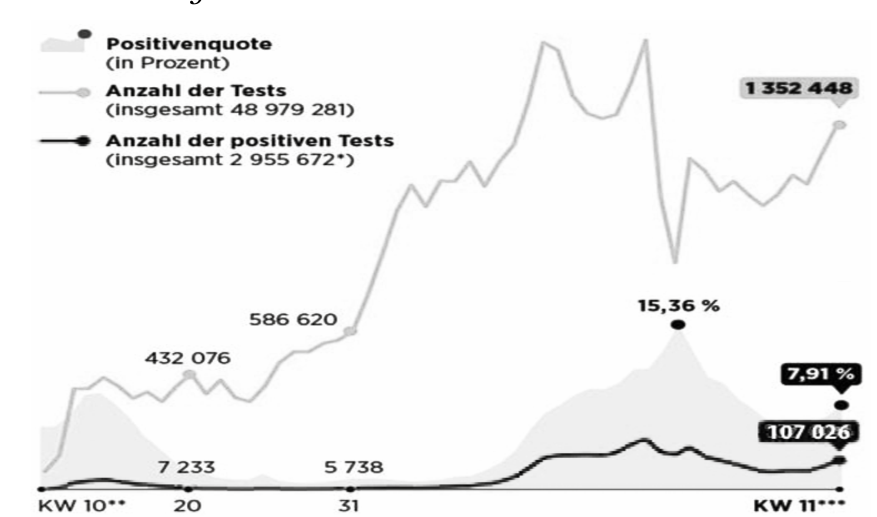
Diese Beobachtung wird gestützt durch den eingangs genannten Mediziner. Er gehe »davon aus, dass nur rund ein Drittel aller Nebenwirkungen überhaupt gemeldet wird«.cLaut dem aktuellsten Bericht des PEI gibt es unter den Meldungen von wahrscheinlichen Impfnebenwirkungen 351 Todesfälle in Deutschland. Und auch hier wird die Dunkelziffer hoch sein, weil die Todesursache sicher nur selten der Impfung zugeordnet wird. Wenn man die Rückmeldungen von Nebenwirkungen in Italien mit der Anzahl der Impfungen ins Verhältnis setzt, so klagt dort etwa 1 Prozent über Nebenwirkungen nach der Impfung (siehe DW, Ausgabe 41, Seite 3). Das ist deutlich höher als bei allen mir bekannten Fallzahlen der klassischen Impfstoffe der letzten Jahrzehnte.

Und dann ist da noch die Auffälligkeit, dass offenbar Säuglinge und Kleinkinder mit Astrazeneca und Biontech geimpft wurden. Laut EMA-Datenbank wurden hier bei Astrazeneca inzwischen 151 Verdachtsfälle mit Impfnebenwirkungen bis zum Lebensalter von 1 Monat zurückgemeldet.

Wer impft Säuglinge mit nur vorläufig zugelassenen Impfstoffen? Und das obwohl Säuglinge, Kleinkinder und Jugendliche bekannter Maßen so gut wie gar nicht an Covid-19 schwer erkranken. Die Meldeformulare zu den Kindern lesen sich wie Folterberichte. Hier nur zwei Beispiele: ICSR: EU-EC-10007613763, Impfung mit Astrazeneca, Mädchen, Säugling, 1 Monat alt, anhaltende Gelenkschmerzen, Kopfschmerzen, Beinschmerzen, Fieber, Schwitzen, Hautausschlag für zwei Tage. ICSR: EU-EC-10007958614, Impfung mit Astrazeneca, Junge, unter 1 Jahr alt, 1 Tag Fieber, 7 Tage zunehmender Hautausschlag, 13 Tage andauernde Narkolepsie, dazu Schwindel und Benommenheit. Und das ist nur eine Auswahl der gemeldeten Symptome. Falls Sie das alles unglaublich finden, lesen Sie die Fallberichte der EMA.

CORONA-TESTS UND DAS ERGEBNIS

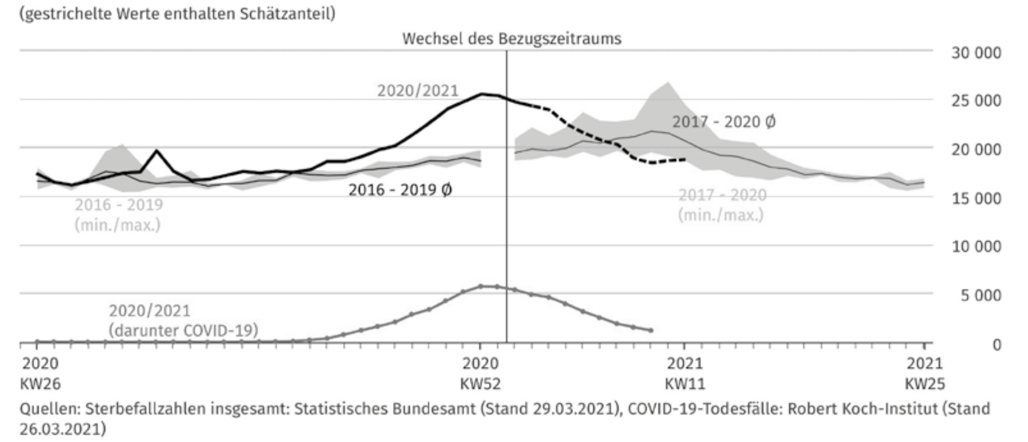
Anzahl der Testungen in Deutschland nach Kalenderwochen



Quelle: RKI Stand 23.03 2021



Keine Pandemie: Immer mehr Menschen erkennen die Wahrheit. *Foto: Steve Schramm*



WAS ZEIGEN DIE MEDIZINISCHEN GRAFIKEN?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit. Die obere Grafik zeigt, dass nur mehr Testungen zu einer größeren Anzahl Positiver führen.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

MASSIVE IMPFSCHÄDEN: ASTRAZENECA GESTOPPT

Berlin/DW. Auch nach Berichten der Propagandaplattform *tagesschau.de* musste als erster Impfstoff jener von Astrazeneca gestoppt worden (DW berichtete seit Längerem). Berlin, Brandenburg und weitere Bundesländer haben die Impfungen mit dem Mittel in der ablaufenden Woche eingestellt. Die Gesundheitsministerien gaben in dem Zusammenhang unter den Impfschäden Thrombosen zu (Blutgerinnsel). Ein Berliner Krankenhaus hatte zuvor erklärt: »Dieser Schritt ist aus Sicht der Charité notwendig«, es seien insbesondere »Hirnvenenthrombosen« bekannt geworden. Sämtliche Impfstoffe sind nicht unter medizinischen Kriterien getestet worden. Zur vermeintlichen Gefährlichkeit des Virus gibt es aus der unabhängigen Forschung von Anbeginn drastisch von der Politik der Regierungsstellen abweichende Einschätzungen. (ale)

MÖGLICHERWEISE BEREITS 15.000 IMPFTOTE IN DEUTSCHLAND

Mainz/DW. Der Einschätzung eines DW-Experten zufolge muss nach Lesart der Regierung bereits mit 15.000 Impftoten gerechnet werden. »Fairerweise muss man analog zur Covid-Zählweise jetzt alle Todesfälle dem neu hinzugekommenen Faktor zurechnen.« Das bedeutet, alle mit Impfung Gestorbenen als Impftote zu zählen. Dem leitenden Intensivmediziner zufolge müsste so seit Beginn der Impfkampagne von Regierung und Konzernen, »allein in Deutschland auf rund 15.000 Impftote bislang kommen«. (ale)

REGIERUNGSWERTE BRECHEN EIN

Berlin/DW. Auch in den Angaben der unter Fälschungsverdacht stehenden Umfrageunternehmen brechen die Unionsparteien ein. So verlieren CDU und CSU laut Forschungsgruppe Wahlen sieben Prozentpunkte auf 28 Prozent. Dies geht teils zu Gunsten der »Schattenregierungspartei« der Bündnisgrünen, deren Co-Vorsitzende Annalena Baerbock Teil der Konzernlobby *World Economic Forum* ist. (jro)

ÄRZTE WEISEN LAUTERBACH ZURECHT

Berlin/DW. Der sich als »Fachmann für Medizinthemen« ausgebende Pharmalobbyist Karl Lauterbach (SPD), wurde von Dutzenden Ärzten zurechtgewiesen. Laut dem Bürgerrechtsmagazin *1bis19.de* stellten die Ärzte in einem offenen Brief klar, dass »eine überwältigende Anzahl« von Äußerungen des Politfunktionärs »dem medizinischen Kenntnisstand« widersprechen sowie »der ärztlichen Berufserfahrung«. Lauterbach führe mit »sinnentstellender Überzogenheit ratsuchende Menschen« in die Irre und schreibe sich selbst eine »Rolle als Arzt« zu. (ale)

Der Kessel von Sinsheim

Pressefreiheit in Deutschland kaum mehr vorhanden.

Von Vicky Richter

Am 28. März 2021 wurde von der Initiative Querdenken 7261 eine Großdemonstration für Solidarität, Demokratie und Selbstbestimmung abgehalten. 800 Teilnehmer wurden auf dem Veranstaltungsort, einem weitläufigen Parkplatz des Freibads, genehmigt. Bereits am Morgen strömten die Teilnehmer zahlreich in die Stadt am Neckar. Die beauflagte Teilnehmerzahl wurde schnell erreicht und somit versuchte die Polizei, den weiteren Zulauf vorab an Autobahnfahrten und Zulaufstraßen zu unterbinden.

Die Teilnehmer, die auf der Veranstaltungsfläche keinen Platz mehr fanden, nutzten den schönen sonnigen Tag für Spaziergänge durch die Stadt. Die Veranstaltung auf dem Demogelände verlief nach Berichten der Polizei weitestgehend problemlos. Die Stadt Sinsheim ist inzwischen nicht mehr nur durch den Bundesligaverein der TSG 1899 Hoffenheim bekannt, sondern auch durch den HNO-Arzt Dr. Bodo Schiffmann, der sich seit Beginn der Corona-Krise für die Erhaltung der Grundrechte und für die Menschen, die keine Masken tragen können, einsetzt.

Als Anerkennung für seinen unermüdlichen Einsatz wurde er von den Demonstrationsteilnehmern und Rednern geehrt, darunter Michael Ballweg, Nana Lifestyler, Samuel Eckert und viele andere. Dr. Schiffmann konnte durch eine Liveschaltung die Veranstaltung miterleben und selbst eine Rede halten.

SPAZIERGANG DURCH SINSHEIM

Aufgrund des hohen Interesses an der Demonstration kamen weit mehr als die auf der Versammlungsfläche genehmigten 800 Teilnehmer nach Sinsheim. Die Polizei berichtet von einer geschätzten Teilnehmerzahl von 3.500 Personen. Durch die frühe Absperrung des Veranstaltungsgeländes hatten sich mehrere kleine Umzüge durch die Stadt gebildet, die von der Polizei aufgespalten und getrennt wurden. In der Innenstadt kam es auch zu einigen Einkesselungen durch die Polizei, die versuchte, die möglichen Teilnehmer von der bereits gefüllten Versammlung fernzuhalten und Ansammlungen zu verhindern.

Diese Einkesselungen verliefen meist friedlich, wobei durch die Verengung der Fläche durch die Polizei die Abstände nicht eingehalten werden konnten und somit Ordnungswidrigkeiten mutwillig durch die Polizei geschaffen wurden. Eine Einkesselung im Bereich einer Brücke durfte nur verlassen werden, wenn die Teilnehmer oder auch Passanten, die nur zufällig dabei waren, ihre Personalien aufnehmen ließen. Auch von mir als Pressevertreterin wurden die Personalien aufgenommen, natürlich grob rechtswidrig. Ich war zu diesem Zeitpunkt mit Markus Haintz im Livestream unterwegs.

DER KESSEL AM HAUPTBAHNHOF

Eine Menschenansammlung, welche aus Richtung des SAP-Stadions kam und zu der Veranstaltung wollte, wurde von der Polizei in Richtung des Hauptbahnhofes umgeleitet und in eine Einkesselung geführt. Der Arzt Rolf Kron konnte noch vor der Schließung des Kessels die Fläche verlassen und berichtete über eine Ansammlung von über 500 Personen, darunter auch ältere Menschen und Familien mit Kindern, die über zwei Stunden, ohne eine Möglichkeit auf die Toilette zu gehen, in dieser Absperrung verharren mussten. Dies bestätigten auch mehrere Personen, die durch eine Polizeischleuse von etwa 20 Polizeifahrzeugen endlich die Fläche verlassen konnten. Viele Personen bestätigten uns, dass Sie unfreiwillig in diese Absperrung der Einsatzkräfte geführt und festgehalten wurden.

Uns wurde trotz Presseausweis der Zugang versagt, da es sich bei dieser Ansammlung um eine polizeiliche Maßnahme handele und deswegen die Presse nicht zugelassen sei. Erstaunlich ist aber, und das war auch im Livestream zu verfolgen, dass in dem Kessel am Bahnhof in einem Zeitraum von mindestens 45 Minuten keine relevanten Personenkontrollen durch die Polizei stattfanden, sondern die Personen in dem Kessel einfach festgehalten wurden. Uns wurde an beiden Enden des Kessels der Zugang verwehrt und so unsere journalistische Arbeit rechtswidrig behindert. Durch Aufnahmen auf einen Bahnübergang konnten wir im Livestream mehrfach die Menge beobachten, wie sie mit musikalischer Begleitung und durch Trommler auf ihre Freilassung warteten. Vereinzelt wurden Teilnehmer aus dem Kessel von der Polizei hinausgetragen.

Da es sich klar um keine polizeilichen Maßnahmen, also zum Beispiel eine GeSa (Gefangenensammelstelle) oder »Bearbeitungsstraße« handelte, dies wurde auch in dem Polizeibericht vom Polizeipräsidium Mannheim vom 28.3.2021 bestätigt – darin wurde der Kessel als Spontanversammlung klassifiziert –, war es de facto eine Behinderung der Pressearbeit, Pressevertreter nicht in die Absperrung zu lassen.

Markus Haintz erklärt dazu: »Die Presse muss über öffentlich wahrnehmbare Vorgänge wie zum Beispiel Versammlungen frei berichten können, auf die Befindlichkeiten von Dritten muss sie dabei keine Rücksicht nehmen. Der Presse kann nur dann ausnahmsweise der Zugang verwehrt werden, wenn die Durchführung polizeilicher Maßnahmen behindert werden würde. Das war im Kessel von Sinsheim ersichtlich nicht der Fall, weshalb ich diesbezüglich rechtliche Schritte gegen den Einsatzleiter einleiten werde.« Erstaunlich ist auch die Berichterstattung der Mainstream-Medien, die zwar von einer Vielzahl von vermeintlichen Straftaten berichten, jedoch kein einziges Wort darüber verlieren, dass friedliche Menschen, darunter unbeteiligte Familien mit Kindern, über einen Zeitraum von mehreren Stunden willkürlich eingekesselt wurden.

Mein Fazit dieses Tages: In Kassel wurde die Polizei wegen ihres deeskalierenden Verhaltens gegenüber den friedlichen Demonstranten gerügt und nun musste in Sinsheim offenbar ein Zeichen gesetzt werden. Das zeigt, wie regierungstreu die politische Führung der Polizei inzwischen agiert.



Blick von der Hauptbühne bei der Großdemonstration der Demokratiebewegung in Kassel am 20. März 2021. Hunderttausende waren in die Stadt in der Mitte des Landes gereist, um die deutsche Revolution und die Verfassungserneuerung von unten voran zu bringen.



Der Protest hat viele Formen: Kritische Fragen und Äußerungen in einer Einkaufsstraße. Foto: Privat

SUPER-MUTANTEN

Die Regierungsshow wird immer abgedroschener.
KOMMENTAR von Hendrik Sodenkamp



Nach der Ankündigung »*Winter is coming*«, der brasilianischen, südafrikanischen oder britischen Mutante gibt es nun eine neue Bedrohung: die Super-Mutante. Was nach einem B-Streifen aus den 1970er Jahren, Ganzkörperanzügen, liebevoll gebastelten Monsterkostümen und handgemachten *Special Effects* klingt, ist die neueste Sau, die aus dem Kanzleramt in Land getrieben wird.

»Wir stehen vor einer gänzlich neuen Pandemie.«, so schallt es im Gleichklang aus den Mündern Merkels, Söders, Brauns. – Aha. Ehrlich gesagt wüsste ich niemanden, der diesen *Trash* (dt. Müll) noch glauben kann. Selbst beim fundamentalistischsten Corona-Jünger wird es einen riesigen Aufwand an innerer Überwindung bedürfen, um das Wort »Super-Mutante« überhaupt in den Mund nehmen zu können. Aber wie das so ist, das Wort »Super-Mutante« ist in der Welt, und damit wird jetzt Politik gemacht. Der Frühling ist da, und mit irgendwas muss man ja das Erregungslevel oben halten. Konkret droht Angela Merkel genau wegen der »Super-Mutante«, den Föderalismus außer Kraft zu setzen, um grundlegende Entscheidungen aus den Händen von leicht ungläubig werdenden Ministerpräsidenten nehmen zu können.

Unterstützung erhält sie dabei von der SPD, die historisch immer schon zentralistisch ausgerichtet war, aber auch aus der CSU. Man reibt sich verwundert die Augen. Leichtfertige bayerische Unterordnung unter die Preußin aus der Uckermark? Markus Söder will schon mal klarmachen, dass er zu mehr berufen ist, als zum bayerischen Ministerpräsidenten und gibt einstige Kerninhalte bayerischer Politik einfach mal so eben auf.

In Berlin wird derweil über eine Ausgangssperre diskutiert. Die rot-rot-grüne Stadtregierung könnte damit zeigen, dass die Berliner eben auch so brav zu Hause bleiben können, wie die Bayern, die sich im vergangenen Winter nach 22 Uhr nicht mehr auf die Straße begeben durften. Es wird gemunkelt, dass es in der Hauptstadt auf die 18 Uhr zugehen soll. An Gehorsam kann man die Bayern doch immer noch übertreffen.

So wird es also weitergehen: Es sind doch immer nur ein paar Wochen. Irgendeinen neuen Schwachsinn wird sich die Regierung bis dahin wieder aus dem Ärmel oder der Nase ziehen und dann geht es eben wegen irgendwas anderem, eigentlich egal was, genauso weiter. Oder noch unfreier, autoritärer und bedrohlicher. Wenn sich gezeigt hat, dass es keine »Super-Mutante« gibt, gibt es eben die »Mega-Mutante«, die »größte Mutante aller Zeiten« oder besser noch Sars-Cov-3.



Foto: Privat



SECHS MONATE HAUSVERBOT BEI DER DEUTSCHEN BAHN WEGEN »MASKENVERSTOSS«?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Uns wurde kürzlich ein Beförderungsausschluss der Deutschen Bahn in Verbindung mit einem sechs Monate gültigen bundesweiten Hausverbot zugespielt. Zwei Mitglieder unserer Bewegung haben diesen Ende März erhalten.

Strafrechtliche Schritte wegen Hausfriedensbruchs wurden vorsorglich ebenfalls angedroht. Beide Betroffene sollen schon öfters ohne Maske in Zügen gesichtet worden sein, was auch aus Videomaterial im Internet ersichtlich sei. Aus dem Schreiben der Deutschen Bahn AG ergibt sich nicht, dass eine etwaige Glaubhaftmachung (zum Beispiel Attest) geprüft wurde. Es wurde schlicht unterstellt, wer keine Maske trägt sei eine »Gefahr für die Sicherheit oder Ordnung des Betriebes oder für die Sicherheit der Mitreisenden beziehungsweise Mitarbeiter«.

Ein Hausverbot ist rechtlich unhaltbar. Grundsätzlich kam zwischen den Betroffenen und der Deutschen Bahn AG ein Personenbeförderungsvertrag zustande. In Deutschland herrscht zwar Vertragsfreiheit, niemand kann also grundsätzlich zu einem Vertrag gezwungen werden. Von diesem Prinzip gibt es aber Ausnahmen, den Kontrahierungszwang, der auch für die Bahn im Bereich der Daseinsvorsorge gesetzlich geregelt ist (§ 10 AEG). Die Bahn ist also, anders als Fluggesellschaften, verpflichtet, Fahrgäste zu befördern. Die Ausnahme des § 4 der Eisenbahnverkehrsordnung, wonach Personen, die eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung des Betriebs darstellen, ausgeschlossen werden können, rechtfertigen kein sechsmonatiges Fahr- beziehungsweise Hausverbot. Die Norm rechtfertigt allenfalls den Ausschluss für eine Fahrt, nicht für sämtliche Fahrten über einen längeren Zeitraum.

Wird von demjenigen Vertragspartner der einem Kontrahierungszwang unterliegt, so wie hier die Bahn, der Abschluss des beantragten Vertrages verweigert, stellt dies eine sittenwidrige Schädigung dar. Nach § 826 BGB ist der betreffende Anbieter demnach verpflichtet, Schadensersatz zu leisten. Die Maskenpflicht in Zügen sorgt also weiter für Ärger. Es kam diesbezüglich schon häufig zu körperlichen Übergriffen gegen Menschen die keine Maske getragen haben. Züge wurden gestoppt, Menschen ohne Maske durch die Bundespolizei hinausgeworfen, teilweise gewaltsam und ohne jede Rechtsgrundlage.

Markus Haintz ist Jurist, Rechtsanwalt, Bürgerrechtler und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte zeigt die Anmeldung von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de, demokratischegewerkschaft.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via* demokratischer-kalender.de*!*

GROSSDEMO IN CHEMNITZ AM 27. MÄRZ »VERBOTEN«

Bereits zwei Tage zuvor hatte die Stadtverwaltung die angemeldete Demonstration am Karl-Marx-Monument verboten. Die Begründung ist neuartig und eigentlich ein Adelsprädikat für die Bewegung: Die Veranstalter könnten nicht garantieren, dass sich nur 1.000 Demonstranten auf dem Gelände einfinden. Unter dem Deckmantel hygienetechnischer Bedenken ein klares Eingeständnis, dass das Wachstum der Bewegung den Regierenden so langsam unheimlich wird. Gerüchten zufolge soll sich am Vorabend der Demo der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer persönlich bei der Chemnitzer Polizei eingefunden haben, um die Polizeibeamten zum energischen Eingreifen zu ermutigen.

Die Veranstalter legten Widerspruch beim Verwaltungsgericht ein, das prompt das Verbot bestätigte. Die Begründung ist hanebüchen. Den Veranstaltern wurden Aussagen in einer Telegram-Gruppe einer anderen Corona-kritischen Gruppe zum Vorwurf gemacht. Auch die Eingabe beim Oberverwaltungsgericht brachte eine Bestätigung des Verbots. Dieses Urteil ging eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn beim Veranstalter ein. Eine Vorgehensweise, die man jetzt öfter antrifft und die man nur als Abnutzungskrieg verstehen kann.

Vor Ort fanden sich dennoch größere Personengruppen ein, die immer wieder von der Polizei vertrieben wurden. Allerdings scheiterte auch der Versuch der Polizei, potentielle Demonstranten einzukesseln. Die Leute trotzten einem besonders garstigen Wettermix aus kaltem Sturm und Regenschauern. Immer mittendrin Kamerateams, die Passanten interviewten und auch Dr. Walter Weber sowie den Autor dieser Zeilen, die in Chemnitz als Redner eingeladen waren. Schließlich wanderte ein Teil der verhinderten Demonstranten zu einer Kundgebung in Zwickau ab. Die Veranstalter lassen sich nicht entmutigen und planen bereits die nächsten Kundgebungen. (hp)

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Online nichtohneuns.de — Termine an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

03.04.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	"WIR müssen reden - Immunität Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit"
03.04.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
03.04.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
03.04.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (Infos auf Telegram)	Autokorso
03.04.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
03.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
03.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug (außer bei Großdemos)
03.04.2021 13-18 Uhr	Demmin, Am Bollwerk (Hanseufer)	Autokorso und Kundgebung
03.04.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
03.04.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
03.04.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
03.04.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
03.04.2021 12-21 Uhr	Stuttgart, Canstatter Wasen	Bundesweite Demo - Grundrechte sind nicht verhandelbar
03.04.2021 10-22 Uhr (täglich bis 5.4.)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
04.04.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
04.04.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
04.04.2021 14-17 Uhr	Fulda, Universitätsplatz	Für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung
04.04.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	*Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)*	Kundgebung für Grundrechte
05.04.2021 11:30-13 Uhr	Alsbach-Hähnlein, Am Hinkelstein	Freiheitsmarsch Bergstraße
05.04.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
05.04.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
05.04.2021 13:30-16:30 Uhr	Bensheim, Krone-Park	Freiheitsmarsch Bergstraße - Kundgebung
05.04.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
05.04.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Schwäbisch Hall, Froschgraben	Querdenker-Treffen
05.04.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
05.04.2021 15-19:30 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Aufzug für die Freiheit
05.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
05.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterh. Schloßstr./Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
05.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
05.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm, 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
05.04.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Plärrer	Montagsspaziergang für Grundrechte und Gesundheit
05.04.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
05.04.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
05.04.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
05.04.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
05.04.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
05.04.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, P+R Parkplatz S-Bhf Pankow	Autokorso Berlin Nord
06.04.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
06.04.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
06.04.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
07.04.2021 12-15 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
08.04.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
08.04.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
08.04.2021 17-19 Uhr (jeden Do)	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
08.04.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
09.04.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
09.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
09.04.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
09.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
09.04.2021 17:30-20 Uhr (jeden Fr)	Spremberg, Parkplatz Georgenstraße	Autokorso für Grundrechte
09.04.2021 18-20 Uhr (jeden Fr)	Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Hönow)	Autokorso Berlin Ost
09.04.2021 17-20 Uhr	Schorndorf, Oberer u. Mittlerer Marktplatz	Kundgebung und Aufzug gegen Coronamaßnahmen
09.04.2021 18-20 Uhr	Abensberg, Gillamooswiese	Demo für Freiheit und Demokratie
10.04.2021 16-19 Uhr (jeden 2. Sa)	Landshut, Parkplatz Wittstraße 1	Autokorso für Grundrechte
10.04.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	"WIR müssen reden - Immunität Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit"
10.04.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
10.04.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
10.04.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (Infos auf Telegram)	Autokorso
10.04.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
10.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
10.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug (außer bei Großdemos)
11.04.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
11.04.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
11.04.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
11.04.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	*Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)*	Kundgebung für Grundrechte
12.04.2021 17-19 Uhr (jeden Mo)	München, Max Joseph Platz (vor der Oper)	Magic Monday MediTANZion
12.04.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
12.04.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
12.04.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
13.04.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
16.04.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
19.04.2021 17-19 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz o. Max-Joseph-Platz	Magic Monday MediTANZion
01.05.2021 14-22 Uhr	München, Theresienwiese	Großdemonstration
02.05.2021 15-23:59 Uhr	Augsburg, Plärrergelände	Tanz in den Mai
01.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

»Freiheitsvirus breitet sich aus«

Gespräch mit Michael Ballweg, Unternehmer, Preisträger der Republik, Gründer der Bewegung Querdenken und von Beginn an einer der Köpfe der Demokratiebewegung.



Ballweg mit DW Co-Chefredakteurin Sophia-Maria Antonulas in der Redaktion. *Foto: Anselm Lenz*

Was erwarten Sie für diesen Samstag bei der bundesweiten Großdemonstration in Stuttgart?

Ich erwarte 100.000 Demokraten aus der ganzen Republik. Die Kundgebungen, die Aufzüge in der Stuttgarter Innenstadt und die Hauptkundgebung auf dem Cannstatter Wasen sind nach freundlichen kooperativen Gesprächen mit der Polizei und der Versammlungsbehörde genehmigt.

Es gibt wieder Auflagen?

Ja, aber gegen die Auflagen werden wir klagen, wie immer, insbesondere gegen die sinnfreie Maskenpflicht. Ab 1. April sollen ja noch mehr Parameter gelten, als die Inzidenzzahlen. Niemand kennt sich mehr aus, aber das gehört zur Strategie der psychologischen Kriegsführung. Es gibt auch schon wieder ein neues Infektionsschutzgesetz.

Was sind die *Highlights* der Großdemo?

Der Freiheitsvirus breitet sich auch ohne ganz große Bühnen aus, das ist das größte Glanzlicht! Denn immer mehr Menschen werden darauf aufmerksam, dass die Maßnahmen nicht dem Schutz der Bevölkerung dienen.

Wie wäre ein gelungener Abschluss der Kundgebung?

In Stuttgart haben wir die Kundgebungen immer komplett durchgeführt, ohne Abbrüche. Wir hatten immer mit einer freundlichen Polizei zu tun, ganz anders als in Berlin. Es wird eines der größten Feste der Demokratie, des Friedens und der Freiheit werden.

Mein Ausblick? Nun, wir halten uns selbstverständlich an die Auflage der Bundesregierung, nicht ins Ausland verreisen zu dürfen und werden deshalb unseren Sommerlaub vom 1.8. bis 29.8. alle in Berlin verbringen!

Vielen Dank für das Gespräch, wir sehen uns alle in Stuttgart und schon jetzt für später: Willkommen bei uns, in unser aller Hauptstadt!



Großedemo Kassel: Superman ist bekennender Feminist, trägt aber auch Frauen. *Foto: Steve Schramm*

Brücken bauen für Polizeibeamte

Unser rasender Reporter Clark Kent berichtet von Versammlungen der Demokratiebewegung in ganz Deutschland.

Am vergangenen Sonntag war ich auf dem Rosa-Luxemburg-Platz und versuchte nach dem Ende der Versammlung Anselm Lenz zu interviewen, da er bei seiner eigenen Veranstaltung festgesetzt wurde. Die Polizei ließ mich aber nicht mehr auf den Platz – trotz gültigem Presseausweis. Das hat mich zum Nachdenken angeregt, wie sich die Polizei im letzten Jahr verhalten hat.

In Köln hat ein Polizist Menschen fertig gemacht, weil seiner Meinung nach alle Menschen Idioten sind, die keine Maske tragen. In München hat der Polizeihauptkommissar eine Demonstration abgebrochen, weil »sein Chef« ihm Stress macht. In Berlin, am 4.9.2020 hat die Polizei mit fadenscheinigen Argumenten Atteste beschlagnahmt. Nebenan war eine Julian-Assange-Veranstaltung, die keine Probleme hatte, obwohl sich die Menschen dort auch ganz normal, also ohne Abstand und Maske, versammelten. Außerdem wurden mehrfach Wasserwerfer eingesetzt, obwohl Nässe das Immunsystem schwächt. Immer wieder bekomme ich mit, dass die Polizei willkürlich und politisch handelt. So sind in Kempten am vergangenen Montag beispielsweise die Polizisten absolut uninformiert vorgegangen und machten widersprüchliche Aussagen. Auch mir gegenüber.

Sind alle Polizisten so? Nein. In München haben viele Polizisten dem Hauptkommissar widersprochen und deeskalierten. Bei der Anschlussveranstaltung war es wieder ein hochrangiger Polizist, der durch eine Lüge die Versammlung verhinderte. Die politische Ausrichtung bestimmt, wie die Polizei sich verhält. Der Befehl lautet: »Stört die Demonstration.« Nicht anders ist zu erklären, dass ich mehrfach belogen wurde. Nicht anders ist zu erklären, dass eine Kollegin von mir auf der Straße unverhältnismäßig hart angepackt, aber in Gewahrsam total nett behandelt wurde. Es ist auch nicht anders zu erklären, wie ein friedliebender Kollege dieser Zeitung brutal zu Boden geworfen und sich mehrere Beamten auf ihn stürzten, mit dem Knie auf seinem Kopf, nur weil er seinen Ausweis nicht aus der Hand geben wollte. Anders ist es nicht zu erklären, warum »Captain Future« und Superman immer wieder ihr Attest vorzeigen müssen – teilweise sogar mehrmals auf ein- und derselben Demo.

Der Fisch stinkt vom Kopf her und genauso ist es bei der Polizei. Diese Institution wird von der Politik missbraucht, ebenso wie viele Medien. Viele werden jetzt meinen, dass die Polizei generell nicht mehr der »Freund und Helfer« ist, wie sie es einmal war. Dem muss ich jedoch trotz dieses negativen Berichts widersprechen: Es gibt einige Polizisten, die sich dagegen wehren. Es gibt genug, die vordergründig zwar mitmachen, aber versteckt helfen sie doch den Menschen. Und viele verlassen genau deshalb die Polizei und einige schließen sich uns an. Für diese müssen wir weiter Brücken bauen.

»Ich nenne es ein Handicap ...«

... oder die Ansichten eines Autisten. | Von Hannes Henkelmann

Heute spreche ich mit einem jungen Mann, der mir einen kleinen Einblick in seine faszinierende Gedankenwelt gewährt und der einmal einen der mächtigsten Männer des Landes herausgefordert hat.

DW: Stellen Sie sich doch bitte kurz vor.

Christian Vetter: Ich heiße Christian Vetter, bin 33 Jahre alt, komme aus Dortmund und bin Verwaltungsfachangestellter bei der Stadt. Und ich habe Asperger-Autismus.

Jetzt muss ich an dieser Stelle gestehen, dass ich bei der Vorbereitung auf dieses Gespräch schon an der folgenden Frage grandios gescheitert bin: Was ist Autismus? Eine Krankheit oder eine Behinderung ist es ja nicht! Welcher Kategorie ordnen Sie es zu?

Ich nenne es ein Handicap oder eine Wahrnehmungsstörung mit Kommunikationsschwierigkeiten.

Wie unterscheidet sich denn Ihre Wahrnehmung von der eines *normalen* Menschen?

Die richtige Bezeichnung der Normalen ist Neurotypen. Das nur am Rande. Nun, ich habe die Erfahrung gemacht, dass ich manche Ereignisse anders als die meisten Neurotypen bewerte. Nehmen wir zum Beispiel den Tod meiner Oma. Sie wurde 76 Jahre alt. Aber weil der Tod zum Leben gehört und er in ihrem Alter nicht vollkommen unerwartet kam, hat mich ihr Ableben gar nicht so sehr berührt. Aber wenn was Unvorhergesehenes passiert, wie beispielsweise damals, als das Sturmtief Kyrill in meinem Lieblingswald viele Fichten entwurzelt hat, dann wirft mich das ganz schön aus der Bahn. Ich weiß, dass sich das für andere Menschen seltsam anhören muss.

Dann haben Sie vermutlich mit den ganzen Veränderungen, die Corona so mit sich brachte, stark zu kämpfen?



Der Verwaltungsfachangestellte Christian Vetter aus Dortmund *Foto: Hannes Henkelmann*

Es ist ein Alptraum. Die Maßnahmen haben mein Leben auf den Kopf gestellt. Dinge, die mir früher viel Freude bereitet haben, sind jetzt nicht mehr möglich. Beispiele: Ein inklusives Filmprojekt, an dem ich wöchentlich teilgenommen habe, die Autismus-Selbsthilfegruppe und auch das Grillen in der Kirchengemeinde sind auf unbestimmte Zeit abgesagt worden. Und so sind mir Teile meiner Tagesstruktur weggebrochen.

Womit haben Sie Ihre neugewonnene Freizeit aufgefüllt?

Weil ich die Maßnahmen als Faschismus empfinde, habe ich mich früh dem hiesigen Widerstand angeschlossen. Im Rahmen dessen nehme ich an Demonstrationen teil. Zudem spreche ich oft auf Kundgebungen, um den Zuhörern klar zu machen, dass die derzeitigen Hygieneregeln, für mich als Autisten, eine psychische Folter sind. In unserer Widerstandsgruppe habe ich viele engagierte und warmherzige Menschen kennengelernt. Ich bin dort voll integriert. Die Leute haben immer ein offenes Ohr für meine Sorgen. Einmal habe ich ihnen erzählt, dass die abgesagten Weihnachtsmärkte für mich den Weltuntergang bedeuten würden. Daraufhin haben Artur und Astrid einen Markt für mich veranstaltet. Sie haben in einem Garten drei Buden und einen Weihnachtsbaum aufgestellt. Es gab Punsch, Würstchen und Chilli Con Carne. Das werde ich niemals vergessen.

Kommen wir zu einem weiteren unvergesslichen Ereignis in Ihrem Leben. Sie hatten eine unheimliche Begegnung der dritten Art. Mit dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Was ist da passiert?

Nun, im August hatte Spahn Ärzte zu einer Veranstaltung nach Dortmund eingeladen. Dr. Schiffmann war zunächst auch auf der Gästeliste, wurde aber wieder gestrichen. Worauf Dr. Schiffmann Aktivisten aufrief, dort zahlreich zu erscheinen, damit sie Herrn Spahn die Fragen stellen, die er vorbereitet hatte. Ich bin sofort da hin gefahren. Wir konnten Herrn Spahn die Fragen auch überreichen, doch ist dieser auf der Veranstaltung nicht darauf eingegangen. Deshalb habe ich ihn hinterher an seinem Dienstwagen abgefangen und ihn nochmals damit konfrontiert. Doch reagierte er abweisend. Er hätte keine Zeit. Statt auch nur eine einzige Frage zu beantworten, ließ er mich umgehend durch die Polizei entfernen.

Was haben Sie in der Situation empfunden?

Das war schon eine große Enttäuschung, dass sich ein Minister dieses Landes nicht einmal fünf Minuten Zeit für die Fragen eines Bürgers nehmen konnte. Und das Wegtragen durch die Beamten habe ich nicht als körperlichen Schmerz, aber als Demütigung in Erinnerung.

Das tut mir sehr leid. Glauben Sie, dass die Demokratiebewegung am Ende den Sieg davontragen wird? Und wie sind Ihre Pläne für die Zeit danach?

Ich glaube und hoffe, dass unsere Bewegung Erfolg hat. Ich rechne aber mit allem. Und wenn man zum Beispiel ohne Impfung nicht mehr reisen dürfte, dann wäre ich der erste, der weg wollte. Ich würde sofort nach Auswanderungs- und Fluchtmöglichkeiten schauen. Wenn wir siegen sollten, möchte ich mich im Umweltschutz engagieren, und zwar ganz speziell für die Fichten. Die liegen mir am Herzen, weil sie hier in NRW besonders vom Aussterben bedroht sind.

Kommen wir zur letzten Frage. Es gibt einige Autisten mit einer Inselbegabung. Haben Sie auch ein außergewöhnliches Talent?

Ja, es gibt da was. Sagen Sie mir einfach ein x-beliebiges Datum, und ich kann Ihnen sofort den dazugehörigen Wochentag nennen.

Okay. Irgendein Datum. Dann nehme ich den 14. Januar 1968.

Das war ein Sonntag. (Anmerkung: Herr Vetter hat keine zwei Sekunden für die korrekte Antwort gebraucht.)

Briefe an die Redaktion

AM ENDE IST ALLES GUT

Ich arbeite seit mehr als 30 Jahren als Justizbeamtin. Im Januar hatte ich eine Einwohnermeldeamtsanfrage gestartet, weil ich wissen wollte, ob Herr Dr. Söder in Nürnberg oder in München wohnt. Seine Adresse ist aber gesperrt und ich habe die Sache wieder abgehakt. Am 9. Februar stand dann um halb sechs die Kriminalpolizei vor meinem Haus. Da war ich schon im Büro. Dann wurde ich im Gericht besucht, dort wurde mir ein Beschluss vom Ermittlungsrichter vorgelegt. Der Tatbestand lautet: Verletzung des Dienstgeheimnisses. Handy und Laptop wurden beschlagnahmt und die Wohnung durchsucht. Es wurde nach Material der Querdenkerbewegung gesucht. Das ist alles so absurd. Es ist an Perversität nicht mehr zu überbieten. Wir müssen einfach weiterhin friedlich unseren Weg weitergehen. – Brigitte F.

INFORADIO FÜHRT IN DIE IRRE

Für eure Demonstration anlässlich des einjährigen Geburtstags der Demokratiebewegung nannte das Inforadio (Slogan: »Wir lieben das Warum«) am vergangenen Sonntag einen falschen Auftaktort. Statt des Max-Josef-Metzger-Platzes am U-Bahnhof Wedding wurde der Weddingplatz am U-Bahnhof Reinickendorfer Straße angegeben. Dieser befindet sich weder in Sicht- noch in Hörweite des tatsächlichen Auftaktorts. Der Ausgangspunkt einer sehr viel kleineren Gegenkundgebung wurde hingegen richtig benannt. – von Heinz Eckel aus Berlin

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 42. Ausgabe des Demokratischen Widerstandes. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen 2020/21 und über 10 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzerndiktatur abringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.

Auf der Internetseite demokratischerwiderstand.de können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.

Aboprämie

Noch auf auf Lager! An die nächsten **23** Abonnenten können wir zum Dank den Bildband **»Zwei Tage in Berlin«** von Hannes Henkelmann verschenken. Der Fotograf dokumentiert die Demonstrationen mit zwei Millionen Teilnehmern vom 29. bis zum 30. August in Berlin und die erste Verfassungsgebende Versammlung.



Geisterschiff im Nadelöhr

Containerschiff Ever Given im Wüstensand: Der zentralisierte Welthandel ist extrem verletzlich | Von Hermann Ploppa

Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Endlich gab es mal wieder ein ganz anschauliches Ereignis im Nachrichtendschungel zu bestaunen. Anstelle der garstigen Corona-Viren, die man nicht einmal sehen kann, nun also ein spektakulärer Unfall, den man sogar aus dem Weltall orten konnte. Ein Containerfrachtschiff von gigantischen Ausmaßen hatte sich in den gefluteten Wüstensand des Suezkanals gefressen. Es kommt gar nicht so selten vor, dass im Suezkanal Schiffe auf Grund gehen. 2018 brachte zudem ein Motorschaden ein Containerschiff ganz plötzlich zum Stehen. Vier nachfolgende Schiffe sind damals aufeinander gekracht.



Der Demokratische Widerstand löst Blockaden auf. Foto: Hannes Henkelmann

Aber diesmal stellte sich das Containerschiff Ever Given einfach quer. Nichts ging mehr. Die Ever Given ist eines der größten Containerschiffe der Welt: beinahe einen halben Kilometer lang, 58 Meter breit. Traglast: 20.288 Container. Gesamtgewicht: 224.000 Tonnen. In dieser Größenordnung schippern etwa 500 Container-Boliden durch die Weltmeere.

STROMAUSFALL ODER STURM, WAS SOLL'S

Selbstverständlich meldeten sich in den sozialen Medien sofort hunderttausende von Nautik-Experten zu Wort. Die Havarie im meistbefahrenen Kanal der Welt sei kein Zufall. Vielmehr sei nachgeholfen worden, um den Welthandel absichtlich auszubremsen. Schwer zu sagen, was los war. Tatsächlich sprach man zunächst von einem Stromausfall auf dem Riesenschiff. Dann verständigte man sich darauf, dass ein starker Sturm den Giganten in den Sand gedrückt habe. Heftige und eisige Nordstürme sind an Ägyptens Wasserwegen in dieser Jahreszeit allerdings keine Seltenheit. An Bord befand sich ein ortskundiger Lotse, der jedes Riff persönlich kennt. Autopilotsysteme gibt es augenblicklich nur für Kriegsschiffe. So ist auszuschließen, dass sich Hacker von außen in die automatische Navigation eingemischt haben könnten, so wie es zwei US-amerikanischen Zerstörern in der Straße von Malakka vor einigen Jahren widerfuhr.

Wie auch immer: Die Folgekosten dieser Havarie sind erheblich. Weil sich auch Öltanker in der Warteschleife vor dem Suezkanal befanden, wurde sofort der Ölpreis weltweit angehoben. Reedereien, die ihre Fracht nicht fristgerecht abliefern, müssen Konventionalstrafe an ihre Kunden zahlen. Diese Konventionalstrafe geben sie dann weiter an die japanische Reederei Shoei Kisen, der Eigentümerin der Ever Given. Hier geht es um hunderte Millionen Euro, die von den großen Rückversicherern erstattet werden. Die Schiffe in der Warteschleife kommen verspätet in ihren Zielhäfen an. Das bringt dann in Rotterdam, Hamburg oder Marseille die eng getakteten Anlege- und Löschzeiten völlig durcheinander. Ein Schiff legt sich quer, und es entsteht in der globalisierten Weltwirtschaft ein gefährlicher Verkehrsinfarkt.

AUCH ZUGVERKEHR UND WASSERVERSORGUNG UNTERBROCHEN

Verkehrsinfarkte häufen sich in letzter Zeit. Aktuell ist gerade Europas meistbefahrene Güterzugstrecke zwischen Rotterdam und Genua gesperrt. Denn im oberen Mittelrheintal in der Nähe der Loreley haben sich größere Felsbrocken vom Hang abgelöst und sind auf die Bahngleise gestürzt. Vermutlich durch die ständigen Erschütterungen ist verwitterter Schiefer gelockert worden. Nun werden 2.000 Tonnen Geröll abgesprengt und abtransportiert, bevor die Strecke wieder freigegeben wird.

Auf der China vorgelagerten Insel Taiwan wiederum kündigt sich im industriellen Süden die größte Dürre seit einem halben Jahrhundert an. Schon wird Trinkwasser rationiert. In Taiwan befinden sich auch die weltweit bedeutendsten Halbleiterfabriken. Sie produzieren tatsächlich zwei Drittel aller Halbleiter für den Weltbedarf. Um diese mikroskopisch kleinen Steuerungselemente zu reinigen, bedarf es großer Mengen saubersten Wassers. Jeden Tag verbraucht allein die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company TSMC 150.000 Tonnen hochreines Wasser. Um den Weltmarkt so lange wie möglich beliefern zu können, sollen demnächst sogar kommunale Wasserwerke ihre Leitungen für einige Stunden am Tag schließen. Die Welt wird die Folgen einer Dürre in Taiwan deutlich zu spüren bekommen. Denn mittlerweile sind sogar Haushaltsgeräte komplett digitalisiert. Kaum ein Auto, kein Rasenmäher, läuft noch ohne Halbleiter. Wenn die Lieferung mit taiwanesischen Halbleitern stockt, dann stockt unter anderem auch die deutsche Autoindustrie.

Dass alle diese Stockungen des Welthandels den eurasischen Wirtschaftsraum betreffen, hat schon zu der Vermutung verleitet, hier sei ein Komplott gegen Chinas ambitioniertes Seidenstraßenprojekt mit den beteiligten sechzig Staaten im Gange. Nachweisen lässt sich diese Vermutung nicht. Es wird indes bereits nachgebessert. Der Suezkanal soll verbreitert werden. Bislang durchfahren pro Tag 50 Schiffe den Kanal. So sind im Jahr 2020 etwa 18.250 Schiffe hier unterwegs gewesen. Nach dem Ende des Ausbaus sollen dann sogar 100 Schiffe pro Tag abgewickelt werden. Die Verdoppelung der Kapazitäten wird indes am Grundübel nichts ändern – und das heißt: Globalisierung. Die einschlägige Tagespresse unterstellt völlig unzutreffend, die Globalisierungskritiker würden sich jetzt am Desaster im Suezkanal weiden. Und die einschlägige Tagespresse stimmt sodann ein Loblied auf die Globalisierung an. Die Globalisierung würde die Güter auf der Welt gerechter und effektiver verteilen. Die Lebensqualität würde sich zwangsläufig weltweit verbessern.

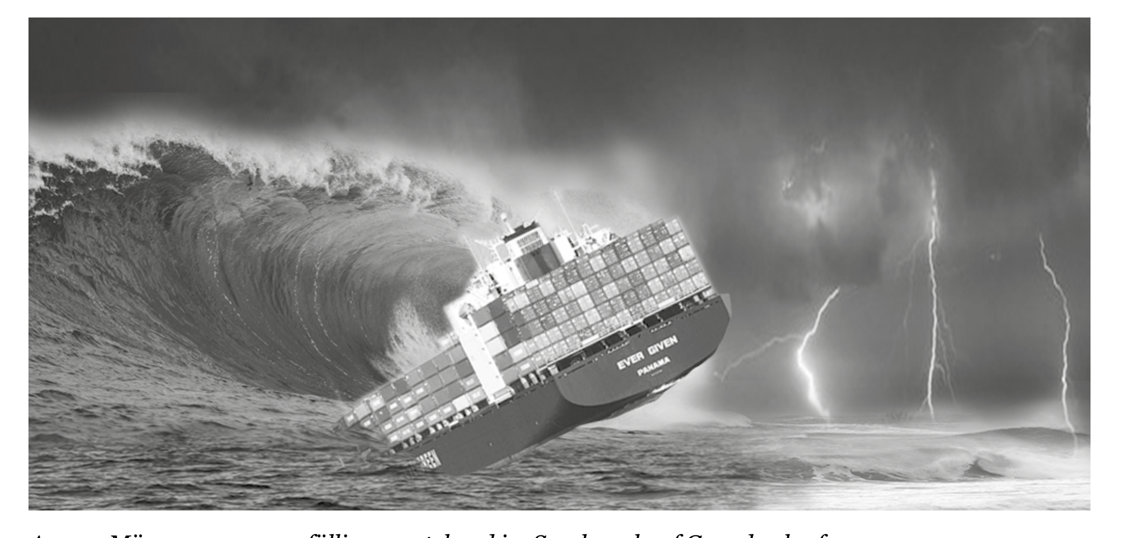
OFFEN FÜR EINE HIERARCHISCHE WELTWIRTSCHAFT

Nichts ist falscher als diese Annahme. Tatsache ist, dass durch Kriege und *Regime-Change*-Manöver mit blanker Gewalt Nationen und Regionen für die weltweit agierenden Konzerne geöffnet werden. Die in Duldungsstarre gehaltenen Länder werden sodann umgebaut (»strukturell angepasst«, »marktkonform« gemacht). In einer nunmehr hierarchischen Weltwirtschaft sind die Staaten und ihre Populationen nur noch die enthaupteten Glieder eines übergeordneten Apparats. Wie ein Magnet sucht sich das Kapital die Orte, wo die Löhne am weitesten nach unten gedrückt werden und wo das Kapital ohne nennenswerten Widerstand möglichst profitabel die Umwelt in kurzer Zeit verbrauchen kann. Die Textilindustrie wandert auf diese Weise von Bielefeld nach China und dann nach Kambodscha, wo die Löhne noch einmal niedriger sind als in China. Der Gewinn dieser Dynamik für die Bevölkerung und für die Umwelt ist nicht erkennbar: Denn die Transportwege sind jetzt bedeutend länger als früher. Die Menge der weltweit herumgeschobenen immer billigeren Waren nimmt drastisch zu. Die Verkehrswege sind aber zum großen Teil immer noch dieselben wie vor der großen Globalisierung. Das trifft zum Beispiel auf den bereits 1890 eröffneten Suezkanal zu. Diese Engpässe des Welthandels können mit wenig Aufwand von Terroristen oder professionellen Agenten rivalisierender Weltmächte zerstört werden. Um diese Flaschenhälse zu schützen, muss der Sicherheitsaufwand ständig gesteigert werden. US-Kriegsschiffe passen ständig auf, dass sich keine bösen Buben dem Suezkanal nähern.

WIR ZAHLEN WIE IMMER DIE ZECHE

Ob die Havarie der Ever Given ein Unfall war oder ein abgekarteter Anschlag: Die Folgen für die Weltwirtschaft sind spürbar. Wenn dreizehn Millionen Barrel Öl in der Warteschleife vor dem Suezkanal festhängen, dann merken wir das sofort an der Zapfsäule unserer örtlichen Tankstelle. Wir müssen die Zeche letztendlich zahlen. Das wird durch das Corona-Regime noch deutlich verschlimmert. Denn die künstliche Lähmung der Weltwirtschaft durch die diversen *Lockdown*-Maßnahmen führte zunächst dazu, dass nicht gebrauchte Container abgestellt wurden und verrosteten. Dann im Herbst zog der Welthandel wieder drastisch an. Das steigerte die Nachfrage nach Containern. Mit der Folge, dass sich vom letzten November bis zum Januar 2021 der Transportpreis für Container vervierfacht hat auf nunmehr 9.000 Dollar.

Die geeignete Antwort auf die Verwerfungen der globalisierten Wirtschaft kann nur sein: Wiederherstellung von autarken, befreiten Lokalwirtschaften, die den größten Teil ihres Reichtums aus dem eigenen Kreislauf erzeugen.



Am 23. März 2021 ganz zufällig querstehend im Sueskanal auf Grund gelaufen: Das in Panama registrierte Konzern-Containerschiff »Ever Given«. Collage: Ute Feuerstacke

MELDUNG

MEHR ERSPARTES »DANK« CORONA

Frankfurt am Main/DW. Es ist wieder wie in den letzten Tagen der DDR: die Leute können sich nichts kaufen – und sie haben jede Menge Erspartes auf dem Konto. Denn 2020 konnten die Menschen in Deutschland weder verreisen noch in Kneipen gehen oder sich auch nur einem Coiffeur anvertrauen. Folge: die Bankeinlagen privater Haushalte sind laut Bundesbank im Zeitraum zwischen Januar 2020 und Januar 2021 um 182 Milliarden Euro auf insgesamt 1,73 Billionen Euro angewachsen. Es wurden weniger private Kredite aufgenommen und auch das Konto seltener überzogen als in den Jahren zuvor. Da wesentlich mehr Personen in Kurzarbeit geschickt und mittelständische Betriebe auf Eis gelegt wurden, waren Banken bei der Kreditbewilligung zurückhaltend. (hp)

CHINA WEHRT SICH

Schanghai/DW. Die chinesische Regierung drängt die Verbraucher, westliche Marken wie Tommy Hilfiger, H&M, Adidas, Nike und Burberry zu boykottieren. Dies, nachdem diese sich verpflichtet hatten, keine Baumwolle mehr zu verwenden, die in der Region Xinjiang produziert wird. Die chinesischen Behörden sollen ethnische Minderheiten in Internierungslagern gefangen halten. Die Vereinigten Staaten und einige ihrer Verbündeten verhängten Anfang des Monats mit der Begründung »Menschenrechtsverletzungen« neue Sanktionen gegen China. (sma)

FLORIDA VON CORONA-REGIME BEFREIT

Tallahassee/DW. Universiäten, Schulen, Strände, Supermärkte und Kindergärten haben im US-Bundesstaat Florida geöffnet. Die perverse Maskenpflicht gab es zu keinem Zeitpunkt. Sogar laut dem US-Propagandasender CNN »boomt Florida«. Die Todeszahlen in Florida, das seit jeher als »Rentnerparadies« gilt, sind während der Corona-Kampagne geringer als in anderen US-Ländern. Florida hat die zweite Grippeinfektwelle besser überstanden, als etwa der auf Gleichschaltungskurs eingeschwenkte US-Bundesstaat Kalifornien. Florida ist einer von mittlerweile 17 Staaten der USA, die sich nicht oder nicht mehr an der Corona-Kampagne beteiligen. (ale)

Des einen Not ist des andern Brot

Milliardäre sind dank Corona noch viel reicher geworden. | Von Herrmann Ploppa

Es überrascht wohl kaum noch. Tatsächlich sind die, die sowieso schon extrem reich waren, noch einmal noch viel extremer reich geworden, seit es Corona gibt. Der Mittelbau der Gesellschaft wird seitdem gewaltsam gezwungen, seiner Arbeit fernzubleiben und dem eigenen Untergang mit geballten Fäusten in der Tasche entgegenzuschauen. Während die global vernetzten Giga-Unternehmen ungestört weiter arbeiten und den Rahm abschöpfen, der dem gewerblichen Mittelstand mit roher Gewalt vorenthalten wird. Die gewöhnlichen Bürger sind zuhause eingesperrt. Sie müssen wohl oder übel die Dienstleistungen des Onlinehandels in Anspruch nehmen. Wenn sie sich zerstreuen wollen, müssen sie jetzt das virtuelle Unterhaltungsangebot wahrnehmen. Und wenn sie Kontakt suchen, müssen sie sich mit Freunden bei Facebook treffen. Es ist nur zu logisch, dass die Gewinne der betreffenden Unternehmen durch die Decke schießen.

BOM KIM UM 670 PROZENT REICHER

Dank Corona hat sich auf diese Weise das Vermögen der zehn reichsten Männer (Frauen sind nicht dabei) dieser Welt um eine halbe Billion Dollar auf jetzt 1,12 Billionen Dollar fast verdoppelt. Und das in nur einem einzigen Jahr. Und auch in nur einem einzigen Jahr hat sich die Zahl der Milliardäre in den USA um 43 auf nunmehr 657 Milliardäre vermehrt.

Kommen wir zum dynamischsten Geldvermehrer des Jahres: Die Zwangsschließung der Geschäfte hat den Südkoreaner Bom Kim mit seinem Online-Versandhaus in nur einem einzigen Jahr um 670 Prozent reicher gemacht, von einer Milliarde Dollar auf jetzt 7,7 Milliarden Dollar Privatvermögen. Auch der US-Chinese Eric Yuan mit seinem neuen Online-Konferenzangebot Zoom konnte sein Vermögen um 152 Prozent auf nunmehr 13,9 Milliarden Dollar steigern. Die drei Tabellenführer hatten etwas geringere Zuwachsraten, befinden sich aber bereits auf einem viel höheren Niveau. Ranglistenerster, Mister Amazon Jeff Bezos, konnte sein Vermögen in Zeiten der geschlossenen Kaufmannsläden um 57,6 Prozent steigern auf nunmehr 178,1 Milliarden Dollar. Doch ist ihm Mister Tesla Elon Musk knapp auf den Fersen. Musk konnte seinen Reichtum in nur einem Jahr um krasse 558,9 Prozent steigern – auf nunmehr 162,1 Milliarden Dollar. Unser Freund Bill Gates mit seinem Rennpferd Microsoft gewinnt aktuell die Bronzemedaille mit 126,5 Milliarden Dollar. Vierter wurde Mister Facebook Mark Zuckerberg. Der Sechsunddreißigjährige hat schon jetzt 101,7 Milliarden Dollar auf dem Konto – das entspricht einer Reichtumsvermehrung um 85,9 Prozent. Mit zunehmender Einsamkeit der Menschen draußen im Lande dürften sich Zuckerbergs Geschäftsaussichten weiter drastisch verbessern.

IN DEUTSCHLAND HERRSCHT INTELLEKTUELLES MITTELMASS

Wie halten sich denn unsere deutschen Milliardäre in dieser vergoldeten Olympiade? Deutsche Meister sind die Aldi-Süd-Erben Beate Heister und Karl Albrecht junior mit immerhin 42,5 Milliarden Dollar. Unter den zehn größten Milliardären in Deutschland findet man bevorzugt Leute, die von Beruf Sohn oder Tochter sind: Sie haben einfach nur große Vermögenswerte geerbt, von deren Zinsen sie jetzt prächtig leben. Der Soziologe Thorstein Veblen bezeichnete diese Müßiggänger auf hohem Niveau dereinst als *leisure class*. Nur der Schraubenkönig Reinhold Würth auf dem siebten Platz hat sich sein Vermögen selber zusammengebastelt. Mit Hasso Plattner von SAP ist wenigstens ein Selfmademan aus der innovativen Szene dabei. Das spricht Bände über unsere Eliten. Intellektuelles Mittelmaß. Keine schöpferischen Zerstörer wie jene milliardenschweren Räuberbarone aus Amerika und Asien. Das braucht auch kein Mensch. Aber in Deutschland gab es mal brillante Köpfe mit sozialem Gewissen unter den Superreichen wie zum Beispiel Walther Rathenau. Lang, lang ist's her.

Corona: Sie will das Ende der Familienunternehmen

Dank Merkels Corona-Regime fallen die letzten Pfeiler seriöser Geschäftsführung. | Von Hermann Ploppa

Der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering bezeichnete im Jahre 2004 Private Equity Fonds als »Heuschrecken«.

Private Equity Fonds (zu deutsch etwa: aggressive private Beteiligungskapitalsammelstellen) haben das alleinige Interesse, mit dem Erwerb von Firmenanteilen das eingesetzte Geld um jeden Preis zu vermehren. So hatten »Heuschrecken« die angesehene Firma Grohe erworben, dann ausgeplündert durch Personalentlassungen und Belastung mit Krediten – und das Unternehmen dann als leere Hülle zurückgelassen. Das geschah in jenen Jahren im großen Stil.

Die Kultur der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland war traditionell geprägt von Familienunternehmen. Patriarchen wie Josef Neckermann oder Rolf Rodenstock strahlten Selbstbewusstsein und Solidität aus. Unternehmen in Familienhand galten als langfristig planend und sozial verantwortungsvoll. Die Rede war von der »Betriebsfamilie«. Das ist lange schon Geschichte. Vielen Familienunternehmen wurde ihre mangelnde Beweglichkeit zum Verhängnis. Auch wollten die erbenden Söhne und Töchter nicht mehr im operativen Geschäft mitwirken, oder sie wollten nicht länger mit ihrem persönlichen Vermögen haften.

Dennoch blieb ein harter Kern von Familienunternehmen bis heute erhalten. Doch jetzt geht es ihnen dank Corona-Regime massiv und ohne Not an den Kragen. Die Heuschrecken treten heute etwas dezenter auf als zu Münteferings Zeiten. Dennoch lauern sie bereits darauf, die Eukalyptusblätter der verbliebenen Familienunternehmen abzufressen.

Das Handelsblatt zitiert Christof Huth von der Unternehmensberatung Roland Berger: »Viele Unternehmer haben in der Corona-Krise schmerzlich erfahren, dass es Umstände gibt, an denen sie nichts ändern können. Jetzt ist man offener für Finanzinvestoren, man will eine Brandmauer hochziehen zwischen dem Privatvermögen und dem Unternehmen.

So seien bereits die Hälfte aller Finanzinvestoren besonders interessiert an durch Corona-Regime in Not geratene Unternehmen, wie Christof Huth von Roland Berger weiß: »Wenn die Hilfen des Bundes und der Länder zurückgefahren werden, dann schlägt die Stunde der Distressed-Fonds [das sind spezielle Beteiligungen auf Firmen, die kurz vor der Insolvenz stehen]. Das gilt besonders für die KFZ-Zulieferer mit Fokus auf dem Verbrennungsmotor, den Einzelhandel und die Reisebranche.«

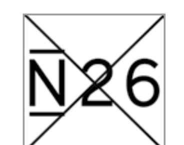
Was Unternehmer in mühsamer Fleißarbeit über Jahre aufgebaut haben, soll nun als überreife Frucht an clevere Geldanleger mit intransparenten Geldquellen fallen. Dank Frau Merkel von der konservativen CDU.

Da die großen Plattformen wie *Youtube*, *Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodok.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
reitschuster.de

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten. Auch die Penta-Bank kündigte unser Konto ohne Vorwarnung. Dieses ist nur noch bis zum 30. April 2021 verfügbar.*









ZEITUNGSWUNDER 20/21: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von 12 Millionen in 42 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°41 vom 27. März 2021.



Trotz Erpressungsversuchen: Immer mehr verantwortungsbewusste Mediziner warnen vor den neuartigen Gen-Impfstoffen. *Collage: Steve Schramm*

Impfen bis der Arzt kommt?

Zellbiologin Dr. Vanessa Schmidt-Krüger fordert im Kurz-Interview, die Impfungen sofort zu stoppen, um schlimmere Schäden zu vermeiden. Das Risiko ist zu hoch, der Nutzen nicht vorhanden. | Von Nadine Strotmann

Die Meldungen über Sterbefälle und schwere Nebenwirkungen im zeitlichen Zusammenhang mit den neuen mRNA-Impfstoffen steigen, offizielle Behörden dokumentieren, ohne zu warnen, oder hüllen sich in Schweigen.

Seit Dezember vergangenen Jahres werden Impfstoffe auf mRNA-Basis – das M steht dabei für Messenger, also Bote – erstmalig gegen Sars-Cov-2 eingesetzt. Je lauter die Lobgesänge der Leitmedien und Politiker werden, je größer der Druck mit dem angekündigten digitalen Impfpass ab Juni auf die Bevölkerung wird, desto geringer ist die tatsächliche Impfbereitschaft. In Berlin haben kürzlich mehr als 100.000 ihre Einladung zum Impftermin nicht wahrgenommen, landesweit bleiben die großen Impfzentren leer. Die Menschen scheinen das Vertrauen in die Politik zu verlieren, die Unsicherheit wächst. Immer mehr vereinzelte Meldungen über unaufgeklärte Todesursachen und starke Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Impfungen führen dazu, dass ein Großteil der Bevölkerung diese mehr und mehr ablehnt. Kurzfristige Rückzugsaktionen des AstraZeneca Impfstoffes mit Verweis auf starke Nebenwirkungen und der drei Tage darauf erneuten Zulassung tragen ihren Teil zur Verunsicherung bei – und der Ruf nach umfassender Aufklärung wird lauter.

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI), eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), ist seit Beginn der Impfungen in Deutschland damit beauftragt, die von der Europäischen Arzneimittel Agentur (EMA) bedingt zugelassenen mRNA-Impfstoffe zu beobachten und zu bewerten. Eine bedingte Zulassung bedeutet, dass während des Einsatzes neuer Arzneimittel noch Studien vom Hersteller in einem bestimmten Zeitraum erstellt werden müssen, um die Wirksamkeit zu dokumentieren und um schwere Nebenwirkungen auszuschließen. Im zweiwöchigen Turnus veröffentlicht das PEI Sicherheitsberichte, in denen die gemeldeten Nebenwirkungen und Todesfälle im Zusammenhang mit den Impfungen erfasst werden. Laut Robert Koch Institut (RKI) wurden bislang rund 8,9 Millionen Dosen, also erste und zweite Impfung zusammen, verimpft, darunter ein Großteil an ältere Menschen, die als Hochrisiko-Gruppe für einen schweren Krankheitsverlauf mit Sars-Cov-2 eingeschätzt werden. Die jüngste Publikation des PEI vom 12. März zeigt insgesamt »351 Todesfälle bei Geimpften im Alter von 24 bis 102 Jahren. Der Median des Alters betrug 86 Jahre, das mittlere Alter 74 Jahre. Der zeitliche Zusammenhang zwischen Impfung und dem tödlichen Ereignis variierte zwischen einer Stunde und 40 Tagen nach Impfung.« Darüber hinaus gab es in »2.287 Verdachtsfällen schwerwiegende unerwünschte Reaktionen«. Laut PEI gelten als »schwerwiegende Reaktionen« solche, »bei denen die Personen im Krankenhaus behandelt werden oder Reaktionen, die als medizinisch bedeutsam eingeordnet wurden«. Der aktuelle Bericht des PEI hebt vor allem Thrombose-Verläufe hervor, die nach den Impfungen mit Astrazeneca auftraten. Es betraf »Frauen im Alter von 20 bis 63 Jahren. Zwei Patientinnen verstarben«. Unabhängige Wissenschaftler und Ärzte schätzen diese drastischen Nebenwirkungen bislang als besorgniserregend ein, sie raten zum Stopp der Impfungen. Die zuständigen Behörden beziehen dazu noch keine Stellung.

Die zentrale Frage, die sich immer mehr Menschen aufgrund der schweren Nebenwirkungen aufdrängt, ist die nach dem Risiko-Nutzen-Verhältnis. Wie gefährlich ist Sars-Cov-2 für den einzelnen, wie hoch ist die Gefahr einer Ansteckung, und wie nützlich sind die neuartigen Impfungen mit den damit verbundenen möglichen Nebenwirkungen?

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) wurde 2004 für eben solche Fragestellungen ins Leben gerufen. Als unabhängiges Institut hat es die Aufgabe, Nutzen und Schaden medizinischer Maßnahmen zu bewerten und darüber zu informieren.

DW: Warum lässt das Gesundheitsministerium IQWiG außen vor?

Dr. Vanessa Schmidt-Krüger: Bei der Bewertung der neuen Impfstoffe und deren Nutzen-Risiko-Analyse wurde das IQWiG von den leitenden Behörden nicht in den Prozess einbezogen. Warum ist das so? Susanne Breuer, Stabsbereich Kommunikation IQWiG, sagt dazu: »Ob und wann wir gegebenenfalls einen Auftrag für eine Nutzenbewertung eines Impfstoffes bekommen, können wir nicht sagen. Das wäre Sache des potentiellen Auftraggebers des Gemeinsamen Bundesausschusses oder des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG). Dafür gibt es bei uns allerdings bisher keine Aufträge, so dass das IQWiG derzeit noch keine validen Einschätzungen bieten kann.«

Auf Nachfrage beim BMG, weshalb das IQWiG bislang keine Beauftragung erhielt, gab es keine Aussage.

DW: Die wichtigste Frage bleibt trotz massiver Nebenwirkungen von offizieller Seite unbeantwortet. Frau Dr. Schmidt-Krüger, in welchem Nutzen stehen die neuartigen Impfungen zu den Risiken?

Dr. Vanessa Schmidt-Krüger: Zunächst einmal ist es wichtig, sich die allgemeine Bedrohungslage anzusehen. Laut John Ioannidis liegt die weltweite Letalität nach Infektion von Sars-Cov-2 bei 0,15 Prozent, also ähnlich einer jährlichen Grippewelle. Die Auswertungen der Daten in den klinischen Studien ergaben, dass die Ansteckungsrate mit gleichzeitigem Auftreten von Symptomen bei Moderna und Biontech lediglich unter 1 Prozent lag. Aus meiner Sicht ist hier eine Notwendigkeit einer weltweiten Impfstrategie nicht gegeben. Und das schon gar nicht auf Basis von mRNA-Impfstoffen. Diese gentherapeutische Behandlung ist ja nicht neu, sie wurde bislang allerdings überwiegend in der Krebstherapie eingesetzt. Dort macht diese auch Sinn: Wenn die Erkrankung lebensbedrohlich ist, werden schwere Nebenwirkungen vertretbar. Allerdings sind diese Voraussetzungen bei der SARS-CoV-2-Impfung nicht gegeben, da wir überwiegend gesunde Menschen impfen. Die bisher dokumentierten Impf-Nebenwirkungen wie Blutgerinnsel, Thrombosen und Lungenembolien, die teils auch tödlich verliefen, sind von vielen Wissenschaftlern prognostiziert worden, da die Vorgänge im Körper – bis auf langfristige Schäden – vorhersehbar sind und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu entsprechend schweren Erkrankungen führen können.

Was ist denn an Impfungen auf mRNA-Basis so gefährlich?

Bei herkömmlichen Impfstoffen werden Antigene gespritzt, jetzt erzeugt der Körper diese selbst. Und das funktioniert mit Hilfe der mRNA, die in die Zellen eingeschleust wird und diese in ihrer Proteinexpression verändert. Die mRNA kann allerdings nur mit Lipiden umhüllt, dem sogenannten Lipid-Nano-Partikel, in die Zelle eindringen. Von dort aus beginnt dann die Produktion des Spike-Proteins; das ist ein Protein der Oberflächenstruktur des Sars-Cov-2 Virus, sie wird quasi von der Zelle selbst nachgebaut.

Lipid-Nano-Partikel sind für drastische Schäden im menschlichen Körper verantwortlich. So können die kationischen Lipide des Lipidnanopartikels, da sie positiv geladen sind, Verbindungen mit der Zellmembran eingehen und sie schädigen. Die durchlässige Zellwand kann zum Beispiel notwendige Regulierungen wie die Calcium-Konzentration nicht mehr steuern. Der Haushalt der Zelle gerät durcheinander. Ebenso docken diese Lipide im inneren der Zelle an Mitochondrien an, das sind die Kraftwerke einer Zelle. Wird ihre Membran zerstört, können sogenannte Sauerstoff-Radikale freigesetzt werden. Diese sind sehr gefährlich für die Zelle, denn es kann zum Oxidativen Stress kommen. Die Zelle kann dadurch absterben, oder Krebserkrankungen, Gewebeentzündungen und auch Langzeitfolgen wie Auto-Immun-Erkrankungen sind die Folge. Ebenso riskant sind diese Nano-Partikel für rote Blutkörperchen. Sie können zu Sauerstoffmangel im Blut führen und damit zur Unterversorgung der Organe. So entstehen Herzinfarkte und Schlaganfälle.

Das klingt genau nach den Nebenwirkungen, die derzeit bei den Impfungen beobachtet werden. Was empfehlen Sie?

Genau aus diesem Grund plädiere ich dafür, dass alle Impfungen sofort gestoppt werden müssen. Die oben beschriebenen Vorgänge umfassen ja lediglich einen Bruchteil der Erkenntnisse, die uns vorliegen. Und was ganz wichtig ist: Es müssen endlich Obduktionen gemacht werden, damit wir exakt wissen, was die Todesursache nach den Impfungen war.

Herzlichen Dank, Frau Schmidt-Krüger. Wir setzen das Gespräch fort.

I don't speak Brainwash

Fortsetzung des Titels

Dass es sich beim Begriff »Super-Mutante« nicht nur um eine dadaistische Sprech-Performance von Regierungsdarstellern handelt, sondern dass diese verrückte Wahnvorstellung durchaus Einfluss auf das Leben der Menschen haben wird, machte Kanzlerin Merkel klar: Sie drohte in der ablaufenden Woche den Ministerpräsidenten, dass sie diese von der Berliner Regierungsinsel aus entmachten wolle, wenn diese weiterhin auf den Druck aus der Bevölkerung eingehen und nicht die »Notbremse« ziehen sollten.

STEH AUF, STEH DOCH AUF

Man kann es nicht oft genug wiederholen: »Teile und herrsche« ist seit Ewigkeiten die Strategie, mit der die Bevölkerung erfolgreich unterdrückt wird. Doch noch nie hat es ein totalitäres System gewagt, beziehungsweise geschafft, die Menschen dermaßen zu vereinzeln wie es derzeit geschieht. Und nicht nur in die Geister, sondern auch in die wehrlosen Körper einzudringen – zuerst mit Stäbchen, dann mit Nadeln und letztendlich bis tief in die einzelnen Zellen.

Eine früher fröhliche, gesellige und populäre 12-Jährige sitzt vereinsamt vor dem Computer und wird von Woche zu Woche trauriger. Eltern essen seit Monaten von ihrer 16-jährigen Tochter getrennt, die allein in ihrem Zimmer ihre Mahlzeiten einnehmen muss und keine Freundinnen treffen darf. Andere wiederum wollen ihren Sohn und ihre Schwiegertochter erst wiedersehen, wenn sie geimpft sind. Ein Vater traut seinem Sohn inzwischen zu, dass dieser ihn töten will, und verlangt seinem Sprössling vor dem Osterbesuch einen Schnelltest ab. Das Urvertrauen der Menschen zueinander wurde bereits massiv beschädigt und soll vernichtet werden.

MÄRCHEN VON DER ASYMPTOMATISCHEN INFEKTION

Aber auch das Vertrauen in den eigenen Körper und der Hausverstand sollen ausradiert werden. Dazu dient eine einfache Lüge. Sie ist so simpel, ja gemein eigentlich, wie boshaft: Das Märchen von der asymptomatischen Infektion. Die gibt es nicht. Und damit erübrigen sich auch alle Masken- und Abstandsdiskussionen. Basta.

Denn die Menschheit hat über die Jahrmillionen gelernt, von Hustenden etwas weiter wegzubleiben. Und erst der Neoliberalismus hat den Arbeitenden wieder abverlangt, trotz triefender Nase am Arbeitsplatz zu erscheinen. Menschen ohne Urvertrauen, sind lenkbar, manipulierbar, sie sind die idealen Konsumenten von Produkten und Dienstleistungen. Allein sind wir auch der Propaganda schutzlos ausgesetzt.

DAS LEBEN GEHT WEITER

Dagegen hilft nur, mutig aufzustehen und sich mit anderen zu treffen. Wieder Ideen und Meinungen auszutauschen, sonst stagnieren wir, während die Welt sich ohne uns weiterdreht. Es ist ganz einfach: Die Krise können wir sofort beenden, indem wir nicht mehr mitmachen. Es kann nichts passieren, denn Menschen, die zusammenhalten, brauchen keine Angst vor Repressionen zu haben. Das sind wir auch den vielen Jungen und Alten schuldig, die keinen Ausweg mehr sahen und sich das Leben genommen haben. Ihr Tod soll nicht umsonst gewesen sein. Auch für sie müssen wir aufstehen.

DAS IMPFPERIUM

Doch das ist einfacher gesagt, als getan. Ausgangspunkt der Kampagne unter dem Stichwort »Corona« ist der Kollaps des US-amerikanischen Finanzkapitalismus. In vielen Ländern spielt die Corona-Kampagne gar keine größere Rolle, darunter Schweden, Norwegen, Weißrussland, Russland, Japan, Korea, Argentinien, Brasilien und in weiten Teilen Afrikas. Die Kollateralschäden sind jedoch überall spürbar. Oxfam weist seit dem Sommer 2020 auf einen rasanten Anstieg verhungerter Menschen aufgrund des Kultes um den saisonalen Grippeinfekterreger und den dahinter versteckten Wirtschaftskrieg hin.

Im September 2019 war der sogenannte Repo-Markt eingebrochen. Nach der Systemkrise der Jahre 2007 bis 2009 waren die sprichwörtlichen Löcher im System noch durch inflationäre Ausweitung der Geldmenge für die Großbanken gestopft worden. Für Arbeiter, Mittelschicht, Jugend und Rentner des Westens war dennoch immer weniger abgefallen. Unter Präsident Barack Obama (Amtszeit 2009 bis 2017) verlagerten die USA ihre expansionistischen Feldzüge in ferngesteuerte »Farbenrevolutionen« in den ölreichen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, zudem in Osteuropa und Asien. Sie machten Beute, um die eigenen Schulden in China zu refinanzieren.



Collage: Jill Sandjaja

Wer will schon ohne Rock´n Roll und Jazz leben. Ob das US-Imperium noch mal die Kurve kriegt? Eher nicht.

Der Versuch einer Besinnung auf die Stärkung der Produktion im amerikanischen Inland unter Präsident Donald Trump (Amtszeit 2017 bis 2021) endete mit einer sehr wahrscheinlichen Wahlfälschung unter den Corona-Bedingungen im November 2020. Für das Corona-Putschistenregime unter der Konzernmarionette Joseph Biden agiert im Kern die US-amerikanische Pharma-, Tech- und *Mainstream*-Lobby des Weltwirtschaftsforums an der Seite einiger chinesischer Profiteure. Mit dabei ist das US-Marionettengebilde der Europäischen Union (EU), darunter insbesondere der Merkel-Club. Mit seriösem Umgang mit der Klimaerwärmung oder sozialem Ausgleich hat all das nichts zu tun.

BYE, PAX AMERICANA

Das Imperium der USA ist seit der Jahrhundertwende strukturell auf dem absteigenden Ast. Nach dem Verlust der Sowjetunion als großem Gegner im Kalten Krieg, waren das Kriegsbündnis Nato, der Militärisch-Industrielle-Komplex und der riesige Geheimdienstapparat überflüssig geworden. So waren frühere Verbündete und insbesondere die Religion des Islams als neue Feindbilder aufgebaut worden. Eine Vielzahl von US-Angriffskriegen folgten mit Millionen zivilen Todesopfern. 1,2 Millionen Zivilisten starben allein in der Folge der US-Invasion im Irak.

Heute weiß es die ganze Welt: Am Ende einer US-Weltherrschaft wird kein Captain Jean-Luc Picard von der USS Enterprise stehen, der mit seinen Forschern durchs Weltall jettet, während auf Erden alle Konflikte beseitigt zu sein scheinen. Die »Pax Americana«, die US-Welthegemonie, wird, anders als die Fernsehserien, einen Anfang gehabt haben – wohl zu taxieren auf den Spanisch-Amerikanischen Krieg im Jahr 1898 –, und ein Ende bekommen.

NEUTRALES EUROPA

Der Zusammenfall des US-amerikanischen Weltherrschaftsanspruches wird mit dem Beginn von Corona zusammen notiert werden müssen. Das Ende der USA als offener und verdeckter Welteroberer macht den Weg frei für eine echte Verständigung der Nationen der Welt im Sinne des Völkerrechts, der Vielfalt der Kulturen, der wahrhaftigen Abrüstungs- und Friedenspolitik. Für ein von der imperialistischen Besatzung befreites Deutschland tun sich an der Seite Frankreichs, der Niederlande und weiterer souveräner Nationen gute Möglichkeiten auf. Und zwar als neutrale, freie, absolut friedliche und sozial verbundene neutrale Staaten, die sich weder in den amerikanischen, noch den chinesischen Abgrund reißen lassen.

Der halbstarke Sohn Europas, die USA, bekommt die Möglichkeit erwachsen zu werden – ein Anfang wäre die Beendigung der systematischen Verdummung der eigenen Bevölkerung. Der Versuch eines Teils des US-Kapitals, deutsche Arbeiterschaft und Mittelstand in eine mörderische Geiselhaft zu nehmen und den Westen in einen digitalen Pharmafaschismus zu führen, ist jedenfalls auf allen Eben zurückgewiesen worden. Und zwar von der größten Demokratiebewegung der europäischen Geschichte überhaupt. (ale)

»Wir haben den letzten Schritt zum Faschismus erreicht«

Naomi Wolf ***über die Manipulation der Wahrheit, die Verschmelzung von Unternehmensinteressen und Politik sowie den Krieg gegen das Menschsein.***

Im Jahr 2008 schrieb ich das Buch *The End of America: Letter of Warning to a Young Patriot*. Darin warnte ich, dass Amerika sich vor einem nur allzu möglichen Abgleiten in den Totalitarismus hüten muss.

Ich warnte, dass Möchtegern-Tyrannen, egal ob sie auf der Linken oder der Rechten stehen, immer auf eine Karte setzen, um Demokratien zu beenden, und dass sie immer die gleichen zehn Schritte machen. Ob sie eine äußere und innere Bedrohung heraufbeschwören oder eine paramilitärische Truppe aufbauen oder die Presse einschränken oder den letzten Schritt, die Rechtsstaatlichkeit untergraben, diese Schritte sind immer erkennbar – und sie funktionieren immer: Demokratien werden zerschlagen und Tyranneien errichtet. Als ich das Buch schrieb, war das Gespenst, das die Mächte beschworen, um unsere Freiheiten anzugreifen, die »globale Bedrohung« durch den Terrorismus.

Das Buch wurde viel gelesen und diskutiert, sowohl zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung als auch danach. In den letzten zehn Jahren fragten mich die Leute regelmäßig, wann und ob wir Schritt zehn erreicht hätten. Ich nenne die Fortsetzung dieses Buches, an der ich gerade schreibe, *Step Ten* – denn seit März des vergangenen Jahres sind wir in der Tat, wie ich leider sagen muss, im zehnten Schritt der 10 Schritte zum Faschismus angekommen. Heute wird eine medizinische Krise als Vorwand benutzt, um uns aller zentralen Freiheiten zu berauben, etwas, das die Angst vor Terrorismus trotz 20-jähriger Bemühungen letztlich nicht erreicht hat.

Unmittelbar nach der Ankündigung und Inszenierung der Covid-19 Pandemie wurden in den vielen Ländern des Westens die meisten Elemente eines 360-Grad-Totalitarismus eingeführt, selbst in den Ländern, die zuvor robuste Demokratien waren. Das alles geschah sehr schnell und umfassend.

In den U.S.A. haben wir jetzt:

01. Notstandsmaßnahmen in vielen Staaten, wodurch ein ordentliches Gerichtsverfahren ausgesetzt wird. Das ist das Markenzeichen eines Polizeistaates. Covid-19 wird als Grund für die Einführung von Notstandsgesetzen angeführt – aber es gibt kein Datum für die Aufhebung dieser Notstandsgesetze.

02. Die Schließung von Schulen, das bricht den Gesellschaftsvertrag mit der nächsten Generation.

03. Gesetzesentwürfe für Impfpässe, die den vierten Verfassungszusatz aushebeln, indem sie der Regierung und *Big-Tech*-Unternehmen erlauben, in die medizinische Privatsphäre einzudringen und einen umfassenden digitalen Überwachungsstaat zu schaffen. Durch die Tatsache, dass Tech-Aktien in jedem Quartal der Pandemie um 27 Prozent gestiegen sind, offenbart sich ein Treiber dieses Krieges gegen den Menschen: Jede Minute, die Menschen in einem Klassenzimmer, in der Kneipe oder in einer Kirche oder Synagoge verbringen, verlieren die Tech-Unternehmen Geld, weil sie diese Daten nicht ernten können. Die Covid-19-Politik, die von der *Covid-19-Response* – also von den *Big-Tech*-Unternehmen – vorangetrieben wird, sorgt dafür, dass Menschen nur über digitale Plattformen in Kontakt treten dürfen. Die Gründe dafür sind sowohl Profit als auch soziale Kontrolle.

04. Erzwungene Schließungen von Unternehmen. Indem der Staat direkt in die Wirtschaft eingreift und es bestimmten Unternehmen erlaubt, auf Kosten von kleinen Unternehmen, Läden, Restaurants und Einzelunternehmern zu florieren (Amazon, Walmart, Target), hat er Regierung und Unternehmen auf eine Weise verschmolzen, die für den italienischen Faschismus und den modernen chinesischen Kommunismus charakteristisch ist.

05. Versammlungsbeschränkungen. Einige US-Staaten, wie Kalifornien zum Beispiel, bestrafen Menschen dafür, dass sie sich mit ihren Freunden in ihren Häusern treffen, und verbieten Kindern miteinander zu spielen. Massachusetts schränkte Versammlungen von mehr als 10 Personen ein und zwang Synagogen und Kirchen zu schließen, trotz eines Urteils des Obersten Gerichtshofs dagegen. Parks, Spielplätze und Strände wurden geschlossen.

06. Erzwungene Gesichtsverhüllung. In Massachusetts werden Menschen mit einem Bußgeld belegt, wenn sie im Freien keine Masken tragen – selbst Kinder im Alter von 5 Jahren werden per Gesetz dazu gezwungen. Auch diese Vorschrift wurde nicht durch begutachtete Studien untermauert. Und es gibt kein festgelegtes Ende für diese außergewöhnlichen Verletzungen der persönlichen Freiheit.

07. Unterdrückung der freien Meinungsäußerung. *Big-Tech*-Unternehmen zensieren Kritiker der Covid-19- und der Impfstoffpolitik sowie Ansichten, die auf der rechten Seite des politischen Spektrums stehen. Aufwiegelung – ein Wort, das im 20. Jahrhundert eine lange Tradition hat, um die freie Meinungsäußerung zu unterbinden, wird von der Linken als Waffe eingesetzt. Tycoons wie Bill Gates finanzieren große Nachrichtensender mit Millionen Dollar für die »Covid-19-Erziehung«, das stellt eine weitere Form der Zensur und der Beeinflussung der öffentlichen Debatte dar. So werden abweichende Stimmen an den Rand gedrängt, verspottet und sogar mit rechtlichen Schritten oder dem Verlust des Arbeitsplatzes bedroht.

08. Die Wissenschaft wird im Interesse des »Biofaschismus« gekapert. Durch die massive Finanzierung von wissenschaftlichen Kommentatoren wie Dr. Fauci in den USA, dem Imperial College und SAGE in Großbritannien und Christian Drosten in Deutschland hat eine dominante Politik und Äußerungen über Covid-19, die einer kleinen Gruppe von schlechten Akteuren zugute kommen – vor allem technischen und pharmazeutischen Interessen, die in Absprache mit Regierungen handeln – eine Armee von Unterstützern aufgebaut. Aber wenn andere Wissenschaftler oder Institutionen eine Debatte oder Transparenz anstreben, wird ihnen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gedroht oder sie werden diffamiert, wie im Fall von Dr. Simon Goddeke aus den Niederlanden, dem von seiner Universität gesagt wurde, er müsse schweigen, als er die fehlerhaften Covid-19 PCR-Testprotokolle in Frage stellte.

09. Daten werden gekapert, um den Interessen dieses Biofaschismus zu dienen. Diese Manipulation der Wahrheit, die ich meinem Buch Das Ende Amerikas angedeutet habe, ist typisch für die sowjetischen Zensoren. Covid-19-Plattformen wie das *Covid-Tracking-Project* und die Johns Hopkins University, die von Technokraten wie Michael Bloomberg finanziert werden, liefern unüberprüfbare Covid-19-Daten, die sich direkt auf die Aktienmärkte auswirken. Noch einmal: Während diese unamerikanische Verschmelzung von Unternehmensinteressen und öffentlicher Politik an den italienischen Faschismus erinnert, ist die digitale Datenpräsentation und ihre Beziehung zum Aktienmarkt sehr typisch für das 21. Jahrhundert.

10. Angriffe auf religiöse Minderheiten. Die orthodoxe jüdische Gemeinde in Brooklyn und christliche Kirchen in Kalifornien wurden zur Bestrafung herausgegriffen, wenn sie die Covid-19-Regeln nicht befolgen – ein Angriff auf die Religion, der charakteristisch für die kommunistische Politik ist, besonders in China.

11. Eine Politik, die die Bindungen zwischen Menschen schwächt und die Familien schwächen, wird eingeführt und überwacht. Das ist die schwerwiegendste Entwicklung von allen.

Der neue Biofaschismus, der sehr stark von *Big-Tech*-Führern vorangetrieben wird, ist ein Krieg gegen den Menschen und die Qualitäten, die uns menschlich machen. Masken brechen die Fähigkeit des Menschen, sich von Angesicht zu Angesicht zu verbinden und menschlichen Kontakt, Lächeln und Witze zu genießen. Versammlungsverbote halten uns davon ab, menschliche Allianzen gegen diese monströsen Interessen zu bilden. Das Verbot der menschlichen Zusammenkunft verhindert auch, dass neue Kulturen, neue Helden und neue Geschäftsmodelle entstehen. Wir stecken alle in den Ideen fest, die wir im März 2019 hatten.

Kinder zu zwingen, sich in der Schule zu distanzieren und Masken zu tragen, sorgt für eine Generation, die nicht weiß, wie man menschliche Allianzen bildet, und die ihre eigenen menschlichen Instinkten nicht traut. Das sind konterrevolutionäre Trainingstechniken. Viele Covid-19-Richtlinien scheinen darauf ausgelegt zu sein, sicherzustellen, dass Menschen keinen analogen Raum oder eine analoge Kultur mehr haben – keine Möglichkeit, sich einfach in einem Raum zu versammeln, einander als Freunde oder Verbündete zu berühren oder sich zusammenzuschließen.

Warum ist das so? Warum wird eine Politik entwickelt, die den menschlichen Kontakt in analogen, unüberwachten, nicht vermittelten Räumen bestraft, belastet und einschränkt? Weil menschlicher Kontakt die große revolutionäre Kraft ist, wenn es um die menschliche Freiheit und den Widerstand gegen diese Form des umfassenden Biofaschismus geht – des Biofaschismus, der durch das *New Normal* repräsentiert wird – der medizinisch-faschistischen Stufe Zehn. Wir haben es hier nicht nur mit einem Krieg gegen die



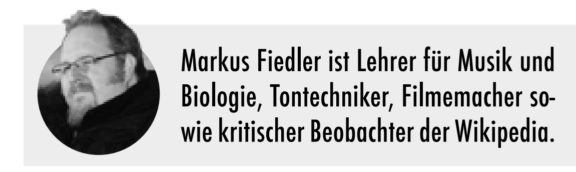
Foto: commons.wikimedia.org

Freiheit zu tun, sondern mit einem Krieg gegen den Menschen und gegen alles, was uns zu Menschen macht.

Dieser Artikel erschien zuerst am 5. März auf der Website childrenshealthdefense.org. Übersetzt und gekürzt von Sophia-Maria Antonulas

Zur Autorin: Dr. Naomi Wolf ist Schriftstellerin, Absolventin der Yale University und schloss 2015 einen DPhil in englischer Sprache und Literatur an der University of Oxford ab. Wolf war Beraterin für Frauenfragen sowohl für die Clinton-Wiederwahlkampagne als auch für die Gore-Präsidentschaftskampagne 2000; Sie ist CEO von DailyClout.io, einer Nachrichtenseite und legislativen Datenbank, auf der sie und ihr Team wöchentlich die Gesetzgebung der US-Bundesstaaten und des Bundes erläutern, nationale Mandatsträger interviewen und über Demokratien weltweit berichten. Sie lebt und arbeitet in New York.

Elektroautos: sauber und umweltfreundlich – oder etwa nicht?


Markus Fiedler ist Lehrer für Musik und Biologie, Tontechniker, Filmemacher sowie kritischer Beobachter der Wikipedia.

Lithium, Kobalt und Kohlendioxid. | Ein Kommentar von Markus Fiedler

Alle Welt schwört derzeit auf Elektroautos. Sie sind leise, sie stoßen gar keine Abgase aus, beschleunigen wie ein Sportwagen und sie sind »smart«. Besonders die neuen Autos von Tesla werden mit ihren zahlreichen digitalen Zusatzfunktionen beworben. Das Auto bewegt sich automatisiert über die Straßen. Und alles ist unheimlich umweltfreundlich, man pustet ja kein Kohlendioxid (CO2) in die Luft. Aber ist das wirklich so?

In die CO2-Bilanz mit eingerechnet werden muss in jedem Fall auch der Energieaufwand für die Produktion des Autos. Des Weiteren stellt sich die Frage nach der Ökobilanz. Und die fällt hier sehr zweifelhaft aus. Insgesamt kann man die verbaute Elektronik in Elektrofahrzeugen durchaus mit gleichartigen Wagen mit Verbrennungsmotor vergleichen, wenn man vom Materialaufwand für die verbauten Platinen ausgeht. Auch der Materialaufwand für Karosserie, Fahrgestell und Innenleben der Autos sind ähnlich. Es bleibt der wesentliche Unterschied: Elektroautos verbrauchen keinen Mineralöltreibstoff, allenfalls als Basis zur Herstellung der Kunststoffteile des Autos. Aber sie haben starke Elektromotoren statt der üblichen Benzin oder Dieselmotoren, was sowohl für die Verkabelung als auch für die Motoren selbst mit einem erhöhten Bedarf des Metalls Kupfer einhergeht. Das Wichtigste ist aber: Sie benötigen zusätzlich einen sehr großen Energiespeicher. Und das sind schwere Lithium-Ionen-Akkumulatoren, die derzeit etwa den halben Kaufpreis des Autos ausmachen.

LITHIUM BRAUCH KOBALT

Lithium-Akkus brauchen unter anderem das Element Kobalt. Der Kongo versorgt den Weltmarkt zu etwa 50 Prozent mit diesem Metall. Und gerade von dort hört man über unhaltbare Zustände in den Kobaltminen. Kinderarbeit, verunglückte Arbeitnehmer, die wie Sklaven gehalten werden, werden unter Geröll verscharrt, keine Schutzkleidung, kein Schutz vor der radioaktiven Strahlung des Erzes, mit Schwermetallen verseuchte Böden und Gewässer. Und natürlich sind Lithium-Minen auch nicht CO2-neutral. In Portugal wurden jüngst Probebohrungen von der Bevölkerung auch aus Landschafts- und Umweltschutzgründen boykottiert.

WOHER KOMMT DER STROM?

Die derzeitigen Stromnetze sind dadurch geprägt, dass immer mehr regenerative Energieträger beziehungsweise -anbieter den Energiebedarf im Land decken. Fossile Stromerzeuger werden weniger. Auch Atomkraftwerke fallen demnächst weg.

Wenn man aber die gesamte heutige Automobilflotte auf Elektromobile umstellt, erzeugt man eine massive Nachfrage am Strommarkt. Atomkrafthersteller werden dann sagen, dass sie viel Energie bei nicht vorhandenem CO2-Ausstoß bereitstellen könnten. Sie verschweigen dann weiterhin, dass da ein ungelöstes Problem mit der Endlagerung von ausgebrannten Brennelementen vorliegt. Oder aber sie schlagen gleich neuartige Laufwellenreaktoren vor. Diese Laufwellenreaktoren sind mit einem schnellen Brüter (siehe Kalkar) verwandt, benötigen aber kein angereichertes Uran. Diese Reaktoren werden einmal bei Inbetriebnahme mit Brennelementen aus abgereicherten Uran, Natur-Uran oder Thorium versorgt, wobei nur sehr wenig Abfall übrigbleiben soll. Das Problem ist nur, dass da alle möglichen hochgiftigen radioaktiven Substanzen durch die radioaktiven Zerfallsprozesse ausgebrütet werden, wie zum Beispiel Plutonium. Das ist nicht nur aufgrund der Radioaktivität sondern auch wegen seiner chemischen Eigenschaften in kleinsten Dosen hochtoxisch.

BILL IST WIEDER DABEI

Sollte man noch auf die Idee kommen, diese Reaktoren mit flüssigem Natrium zu kühlen, dann möchte ich möglichst weit entfernt sein, wenn so ein Reaktor wegen einer Havarie hochgeht. Dagegen wäre Fukushima ein Knallfrosch. Wussten Sie schon, dass Bill Gates aus seinem Privatvermögen mit sehr viel Geld (und einigen anderen Großinvestoren) die Firma TerraPower gegründet hat und diese Firma an solchen natriumgekühlten Laufwellenreaktoren bastelt?

Ohne Kraftwerke, die viel Energie produzieren, wird es nicht gehen, da diese riesen Autoflotte nicht mit regenerativen Energieträgern allein gespeist werden kann. Und schon gar nicht können zu den Millionen Elektroautos parallel auch noch alle bisherigen Hausanschlüsse mit Strom versorgt werden. Ich bin gespannt, wie sich hier die Anti-Atomkraft und Anti-CO2 Partei Bündnis 90/Die Grünen positionieren wird.

WIRKUNGSGRAD SCHLECHTER ALS BEI DIESELMOTOREN

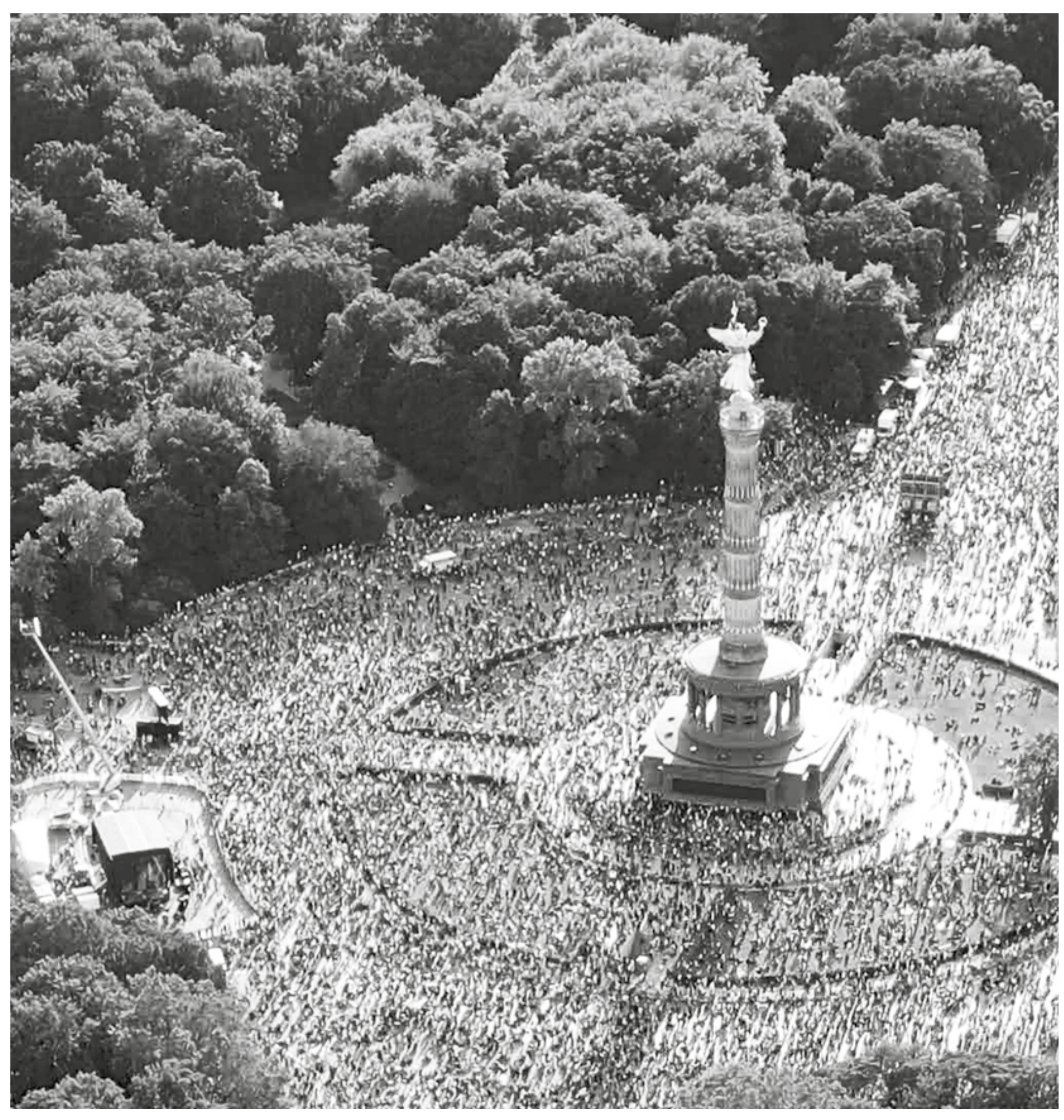
Am Ende wird es wohl so aussehen, dass überall schnell Blockheizkraftwerke hochgezogen werden und unter CO2-Freisetzung Erdgas erst unter Energieverlust in elektrische Energie umgewandelt und diese dann nochmals unter einem Verlust von bis zu 15 Prozent in Batterien gespeist wird. So viel Abwärme, wie diese Kraftwerke erzeugen, können wir gar nicht als Heizungswärme irgendwo verwenden. Daher wird der Wirkungsgrad der Gaskraftwerke somit beim Wirkungsgrad der Kombination von Generator und Verbrennungsmotor liegen – nämlich bei bestenfalls schlappen 40 Prozent. 60 Prozent verpuffen also bei der Stromerzeugung als Wärmeenergie. Und von diesen 40 Prozent verpuffen nochmals zwischen fünf und 15 Prozent als Wärmeenergie beim Laden der Elektroauto-Akkus. Es verbleibt ein Wirkungsgrad von 34 bis 38 Prozent. Und damit liegt er unter dem Wirkungsgrad von Dieselmotoren, der bei etwa 43 bis 45 Prozent liegt.

Also erzeugt man am Ende mehr CO2, wenn man Elektroauto fährt, als wenn man einen gleich schweren Dieselwagen fährt. Aber immerhin gibt es weniger freigesetzte Stickoxide beim Elektroauto, weil die Gasturbinen im Gaskraftwerk davon sehr wenig ausstoßen. Dafür gibt es aber mehr Tote, siehe Kobalt-Minen im Kongo. Aber das Schönste an den neuen Elektroautos von Tesla ist, dass diese ihr Software-Update per Internet bekommen. Das heißt auch, dass diese Wagen fast immer und überall eine Datenverbindung aufbauen und Nachhause-Telefonieren können. Damit verbunden ist die Möglichkeit des Umprogrammierens des Wagens, so dass dieser nur noch bestimmte Routen fahren könnte und Sie sich nicht außerhalb eines vorbestimmten Aktionsradius bewegen könnten. Schöne neue Welt.



Bauern stehen auf in Berlin. Foto: Steve Schramm

AUSZÜGE AUS DER JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG



Die Millionendemonstration im Berliner Tiergarten am 29. August 2020 *Foto: Videocesar*

Aufstand der Demokraten

Von Uli Gellermann

Der Anschlag auf das Grundgesetz war geplant. Und wurde ab März 2020 von den üblichen Medien als Gesundheitsvorsorge verkauft: Kein Sender, kein Blatt kam mehr ohne die geschürte Todesangst aus. Die auch auf dem Grundgesetz basierende Meinungsfreiheit wurde radikal durch eine nahezu geschlossene Medienfront ersetzt, deren Orientierung im Abschnitt »Kommunikation« bereits im sieben Jahre alten Drehbuch beschrieben worden war: »In der Anfangsphase werden das Auftreten der Erkrankung und die damit verbundenen Unsicherheiten kommuniziert (zum Beispiel unbekannter Erreger, Ausmaß, Herkunft, Gefährlichkeit nicht genau zu beschreiben, Gegenmaßnahmen nur allgemein zu formulieren).« Die Panikmache war im Bundestagspapier also bereits eingegeben. Wer das Land und seine Herrschaftsmechanismen kannte, der konnte an der betonierten Medien-Einheitlichkeit erkennen, dass die Kampagne nicht der Gesundheit, sondern der Einschüchterung diente.

Zu den wenigen Menschen im Land, die diesen Durchblick sofort hatten, gehörten Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp. Anselm Lenz traf sich mit mir am Rand des Berliner Lietzensees und hatte den Plan schon in der Tasche. Er hieß »Widerstand und Verteidigung der Demokratie« und sollte umgehend zur ersten »Hygiene-Demo« auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz führen. Und wie bis heute bewegte sich auch die Aktion am 28.3.2020, dem »Tag Eins« des organisierten Widerstands, in der Grauzone der Halblegalität: unbedingt legal nach den Buchstaben der Verfassung, illegal nach gesetzeswidrigen Auflagen der Behörden. Deshalb empfahl die »Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand« – von Lenz und Sodenkamp gegründet – Sportbekleidung und Einkaufstaschen, denn Einkaufen und Sport erlaubte der Senat gerade noch so, Demonstrationen natürlich nicht. Und auch das Verteilen gedruckter Grundgesetze war verboten, wie man an deren Beschlagnahmung durch die Polizei gut erkennen konnte.

Zwei Großdemos und ein Ernüchterungsfall

Von Monica Felgendreher

Am 1. August strahlt die Sonne. Ich radele mit lauter Swingmusik durch den Tiergarten. In der Holzkiste auf meinem Gepäckträger wackelt eine Sammlung selbstgemalter Demoschilder: »Kein Maskenzwang, kein Testzwang, kein Impfzwang«, »Nach den Demos der letzten Wochen: Wo sind die überfüllten Krankenhäuser?«, »Sofortiger Stopp aller Corona-Maßnahmen! Infiziert heißt nicht automatisch krank«, »Nazis raus«. Kurz vor dem Brandenburger Tor überhole ich die ersten Demonstranten, die unschwer an ihren Hüten, Shirts und Schildern zu erkennen sind. Wir rufen uns »Liebe – Frieden – Wahrheit – Freiheit« zu und lachen über unser Schlachtruf-Pingpong. Ich fahre hinter dem Hotel Adlon entlang und sehe: Die Straße ist voller Menschen, die alle in dieselbe Richtung laufen. Und das ist erst der Anfang! Es strömen immer mehr herbei. Wie ein ausgetrocknetes Flussbett kommt mir die Straße vor, die mit Menschen von allen Seiten vollläuft.

Ganze Busladungen von Menschen sind angereist. Sie tragen beschriftete T-Shirts und schwenken fröhlich ihre Städtefahnen. Ein phantastisches Farbenmeer umgibt mich. Ein Schwarm Hamburger versammelt sich vor mir: »Moin, Moin!« Eine Herde weißer Hengste weht in der Luft: »Hallo, Hannover!« Stuttgart ist da, Kassel, München, Ulm ... Von überall sind sie gekommen! Ganze Familien sind da, Kinder werden auf den Schultern ihrer Väter getragen, Babys in Tragetüchern gehalten. Ein riesiger Pappmaché-Drache zieht an uns vorbei, Regenbogenfahnen und Friedenstauben wehen über unseren Köpfen. Die Stimmung ist bombastisch.

Der Rechtsstaat auf der Intensivstation

Von Beate Bahner

Nach einigen Wochen der Irritation im März 2020 wachte ich Anfang April morgens mit dem schlimmsten Schock und Entsetzen auf, die ich jemals in meinem

Leben erfahren hatte. Schlagartig war mir noch im Dämmerzustand des Erwachens die apokalyptische Dimension des *Shutdowns* (so hieß das damals noch) glasklar: Ein weltweiter *Shutdown* – Flughäfen, Museen, Sportstätten, Restaurants, Geschäfte, einfach alles zu – ein solcher globaler uniformer *Shutdown* wegen einem Virus (egal wie schlimm), das kann nicht sein. Denn niemals, wirklich niemals (!) ist zur gleichen Zeit auf der ganzen Welt der gleiche Virus gleich virulent. Niemals.

In diesem Moment war mir klar, ohne allerdings Genaueres zu wissen: Was hier gerade passiert, das ist böse, das ist das Böse. So etwas hat es noch nie gegeben in der Weltgeschichte. Dieses Entsetzen hat mich in jeder Faser meines Seins zutiefst getroffen.

Ich schrieb am 3. April 2020 eine Presseerklärung und sodann die Erklärung, warum der *Shutdown* der größte Rechtsskandal der Bundesrepublik Deutschland ist. In Windeseile verfasste ich am 7. April meinen Eilantrag gegen die Corona-Verordnung Baden-Württemberg und einen Tag später meinen Antrag an das Bundesverfassungsgericht.

Beate Bahner ist Preisträgerin der Republik und Fachanwältin für Medizinrecht

Foto rechts: Demokraten im Berliner Mauerpark am Tag nach der Berliner Großdemonstration vom 29. August 2020.
Foto: Steve Schramm





SPORT: »AUF NACH STUTTGART!«

Ich freue mich auf die Demokratiebewegung in Stuttgart am heutigen Samstag. Die Hauptkundgebung wird ja auf dem Cannstatter Wasen stattfinden. Von 1993 bis ins Jahr 2000 habe ich ein paar Hundert Meter weiter im Gottlieb-Daimler-Stadion gespielt. Damals gab es auf diesem und anderen Plätzen noch faire, klare Spielregeln. Regierung und Konzernen scheinen dagegen jede sportliche Fairness abhanden gekommen. Deshalb verteidige ich heute unsere Demokratie in Deutschland. Am Samstag spielen übrigens Berthold und Berthold Doppelpass für die Freiheit der Kinder. Meine Ehefrau leitet und moderiert die Hauptbühne. Alle freuen sich: Auf nach Stuttgart!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 42. Ausgabe ab Samstag, 3.April 2021. | Redaktionsschluss war am 31. März, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84. BIC: GENODEF1SLR.**

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.